

# Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.– Erscheint monatlich Nr. 11 November 2000 35. Jahrgang

**Démocrate**  **Suisse**  
Pages 13–15

## «Bauernland in Bauernhand...»



Willy Schmidhauser,  
Dettighofen

Könnte man diesen Titel nicht aktuell abändern? Denken wir an die vielen, hochwertigen nationalen Unternehmen etwa im technischen Bereiche, die seit Jahren verkauft, fusioniert oder geschlossen werden! Denken wir an eine einst blühende nationale Vorzeigefirma Sulzer, deren Produkte höchstes Ansehen in der Welt errungen haben und deren Produktionsstätten heute in Winterthur praktisch leer stehen. Eine finnische Dieselmotoren-Herstellerin hat den Betrieb übernommen und den Bau vieler Sulzer-Diesel gestoppt. Weltweite Kundschaft, die Sulzerprodukte wünscht, wird auf die finnischen Produkte verwiesen, obwohl sie den Sulzerprodukten offenbar «nicht das Wasser reichen können». Sulzer-Diesel müssen sterben, dürfen nicht mehr produziert werden. Trauriges Versagen einer Winterthurer Firmenleitung! «Bauernland in Bauernhand», oder warum verkaufen und verschachern unsere Patrons unser «Tafelsilber»?

### «Öffnung» – die Parole der Gewinn-Maximierer!

Wieviel wurde schon von Öffnung, öffnen, offenen Grenzen, offenen Märkten, freiem Waren- und Personenverkehr, Abbau von Grenzen und grossen, weltweiten Märkten geschrieben? Der kleine Mann aber konnte bisher mit solchen Reden wenig anfangen. Langsam erkennen viele, wohin die Fahrt gehen soll. Zuviele aber schlafen weiter! Offene Märkte sind die Forderungen der Multis, weil sie mit Dumping und ohne Rücksicht auf Natur, Menschen und Nationen Milliarden «gewinnen» können

und so auch politisch mächtiger werden. Sie diktieren Bedingungen, produzieren dort, wo Löhne und Sozialleistungen am tiefsten sind. Sie wählen jene Standorte, wo Umwelt-, Tier- und Menschen-schutz für ihre Produktion an billigsten und Sicherheitsrichtlinien mit einigen Dollars zu kaufen sind. Sie verfrachten die Produkte x-mal um die Welt. Maschinen und Anlagenteile werden an völlig unterschiedlichen Standorten rund um den Globus produziert. Produktionsstätten und damit Arbeitsplätze werden dort errichtet, wo am wenigsten Kosten anfallen. Nationale Grenzen sind diesem Denken im Wege, darum der Schrei nach Öffnung! Mit den unsinnigen Transporten werden aber auch unsere Meere (Schiffskatastrophen), unsere Atemluft und unser Klima (Treibhauseffekt) zum Schaden aller belastet. Maximale Gewinne sind alles, die Leitungen der Betriebe sind international und somit auch keinem Lande, keiner Gemeinde verbunden.

### Globalisierung: Wer A sagt, muss B sagen...

Selbst die lauten Globalisierungs-Schreier bekommen langsam kalte Füsse. Soll wirklich die ganze Erde und die ganze Weltordnung den offenen Märkten der Globalisierer geopfert werden? Die Konsequenzen werden unvorstellbar sein! In allen Ländern und Kontinenten müssten etwa gleiche Löhne und Sozialleistungen bezahlt werden. Das heisst, die viel zu hohen Löhne in der 1. Welt müssten nach unten und die viel zu tiefen in der 2. und 3. Welt müssten nach oben korrigiert werden. Dazu kommen viele andere Faktoren wie Klima, Verkehrswege und vieles mehr. Tier-, Umwelt- und Menschen-schutz müssten überall Gültigkeit haben; ihre Umsetzung muss im hintersten Winkel dieser Erde mit absoluter Konsequenz umgesetzt werden, genauso wie in den Metropolen. Wie aber soll dies alles realisiert werden, wenn schon eine EU an eben diesen Problemen zu scheitern droht?

### Skinheadhysterie und 18%-Initiative:

## Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan!

Haben Sie sich auch schon gefragt, wo die prügelnden und pöbelnden Kahlköpfe nach dem 24. September (Datum der Volksabstimmung über die Initiative «für eine Regelung der Zuwanderung») geblieben sind? Jedenfalls in unserer gleichgeschalteten Systempresse hört und liest man nichts mehr von diesem gesellschaftlichen Phänomen. Da kommt mir das alte Sprichwort in den Sinn: «Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan – der Mohr kann gehen!»

Einen fahlen Beigeschmack hat die Skinheadhysterie in unseren Massenmedien trotzdem. Während Monaten haben fast sämtliche Medien – angeführt von der Boulevardzeitschrift «Blick» – ein Phantom konstruiert, den Teufel an die Wand gemalt und den erschreckten Bürgerinnen und Bürgern weisgemacht, braune Horden stünden kurz vor der Machtübernahme. Diese Inszenierung, welche gleichgeschaltet von beinahe sämtlichen Medienschaffenden mitgetragen wurde, diente einzig dem Zweck, die 18%-Initiative zu bodigen.

Hand aufs Herz: Sehen Sie noch einen Unterschied zwischen der Medienlandschaft in der Schweiz und derjenigen in einem totalitären Regime? Sind die Medien nicht längst die vierte Macht im Staate, welche dem Bundesrat, den Politikern, ja den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern diktiert, was sie zu denken haben?

Ihr Bernhard Hess, Nationalrat und Chefredaktor

### Globalisierung bringt Knechtschaft und Strichcode!

Spätestens hier erkennen Viele, dass eine gerechte Globalisierung nur möglich ist, wenn gleichzeitig eine Regierung für die ganze Welt das Sagen hat. Doch das genügt leider nicht; wer eine Globalisierung will und damit eine gerechte Globalisierung meint – nicht die der mächtigen Multis – nimmt das Verschwinden aller National-Staaten in Kauf! Wer Globalisierung will, die nicht nur den Multis nützt, muss eine tüchtige und zuverlässige Weltpolizei installieren. Diese sorgt eisern dafür, dass überall die gleich «langen Ellen» Geltung haben! Für alle müssen die gleichen Gesetze und Auflagen gelten. Ohne konsequente Eineweltregierung mit unbestechlicher Weltpolizei sind bei Globalisierungsschritten nur jene die grossen Profiteure, die rücksichtslos Dumping betreiben. Wenn wir also eine Globalisierung einläuten, muss den Men-

schen klar sein, wie schwer und gravierend die Konsequenzen sein werden. Eine gerechte Globalisierung, die nicht von den Multis aus-

Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 3 Das Schweigen der Lämmer
- 4 AHV-Rentenalter-Initiativen: 2 x Nein
- 5 Sicherheit geht uns alle an
- 5 Soldatendienst ist Gottesdienst
- 6 Strafanzeige
- 8 Veranstaltungskalender
- 11 Eine Utopie führt ins Chaos
- 12 Der Leser hat das Wort

## Bauernland in Bauernhand

Fortsetzung von Seite 1

genützt werden kann, bedeutet letztlich das Verschwinden auch unseres Landes. Die Selbstbestimmung wird dann vorbei sein. Alle Menschen werden dann eine registrierte und kontrollierte Nummer haben (Strichcode), und die bekannten Horrorszenarien werden wahr werden. Noch schlimmer aber wird die Welt aussehen, wenn es nicht gelingt, die Globalisierung in gerechte Bahnen zu lenken. Dann werden Multis und rücksichtslose Profiteure immer reicher und mächtiger, Demokratien und nationale Staaten immer hilfloser und erpressbarer. Beide Szenarien sind für unser Land unwürdig. Doch die Globalisierung läuft, Sulzer und andere beweisen es; wo steht unser Land, unser Volk?

### Bauern werden zuerst verheizt!

Heute sind sie eine Minderheit (4%), ihre Vertreter in den Parlamenten und Ständesorganisationen nutzen ihre Posten oft als berufliche Aufstieghilfen, und mancher hart arbeitender Bauer bemerkt gar nie oder viel zu spät, dass er im Grunde verraten statt vertreten wird. Produkte der schweizerischen Landwirtschaft sind naturgemäss teurer als EU- oder 3.-Welt-Produkte. Topographie und kleine Räume, rigorose Umwelt- und Tierschutzauflagen und natürlich die Löhne und teuren Dienstleistungen sind die Ursachen. Wen wundert also, dass landwirtschaftliche Produkte mehr kosten als anderswo? Grossverteiler vermarkten jedoch lieber Importe, denn da sind die Margen und damit die Gewinne x-mal höher. Doch im eigenen Lande können wir bestimmen, wie produziert, wie und was deklariert werden muss, was bei Importen nicht verlangt werden darf. Die Konsumenten haben so bei Inlandprodukten grosse Sicherheit und wissen, was sie auf dem Teller haben! Die Öffnung der Märkte (Gatt, EU-Annäherung, Bilaterale Verträge) bringt nun die Möglichkeit, billige Ware zu importieren; gleichzeitig werden die Preise für landwirtschaftliche Produkte schrittweise reduziert. Damit kein Aufstand, keine Revolution ausbricht, sollen sogenannte Direktzahlungen die Ausfälle teilweise kompensieren. Doch auch hier ist ein grosser Haken: Direktzahlungen sollen in wenigen Jahren abgeschafft werden. Direktzahlungen erhält nur, wer spürt und die Auflagen des Bundesamtes buchstabengenau einhält. Die berufliche Freiheit der Bauern wird also massiv eingeschränkt – viele sprechen von Bevormundung – und täglich wachsen die bürokratischen Hindernisse. Die Zahl der Bauern nimmt ab, während die Zahl der landwirtschaftlichen Funktionäre und Kontrollorgane weiter wächst.

### Weltmarktpreise für unsere Bauern sollten allen die Augen öffnen!

Als wir (im Thurgau) das Referendum gegen den Gatt ergriffen hatten, sagte ein Bauernführer: «Es gibt wichtigere Dinge für uns Bauern, als ein Gatt-Referendum.» Doch nun wird schon seit Jahren geöffnet (GATT), mit der «Agrarpolitik 2002» und dem «Horizont 2010», soll unsere Landwirtschaft EU-kompatibel und WTO-konform gestaltet werden. Das bedeutet nichts anderes als eine Anpassung der Preise an den EU- und Weltmarkt. Natürlich werden gegenwärtig mit Prämien und Direktzahlungen die Mindereinnahmen etwas abgefedert. Trotzdem sagen Zahlen mehr als viele Worte, und jeder Lohnempfänger muss sich ehrlich fragen, wie er reagieren würde bei derartigen Lohnkürzungen! Ein Vergleich mit Deutschland sagt schon viel: Für die Milch erhält dort der Bauer 40–48 Pfennige, 1 Kilo Mehl kostet im Laden 49 Pfennige, ab Feld erhält der Bauer 19 Mark für 100 Kilo Weizenkörner, und ein Joghurt kostet im Laden vielleicht 40–50 Pfennige. Aber auch diese Preise werden laut EU und sehr bald noch tiefer abgesenkt (auf Weltmarktniveau)! Von Interesse sind auch Schülerzahlen an Berufsschulen für Landwirte: 1990: 2476; 1992: 1914; 1994: 1738; 1996: 1651; 1998: 1628! Der mittlere Milcherlös pro Liter betrug 1990: 107.8 Rp.; 1995: 96.42 Rp.; 1997: 86.73 Rp.; 2000: 79 Rp.; mit der Abschaffung der Milchkontingente gemäss «Horizont 2010» wird ein Milchpreis von 55–65 Rappen erwartet! 100 kg Zuckerrüben brachten 1985 noch 20.27 Fr., 1990 noch 15.52 Fr., 1997 noch 13.70 und im Jahr 2000 noch etwas über 11 Franken. Bei all diesen Preisen muss der Bauer meist noch Abzüge hinnehmen für Bauernverband, Vermarktung, Trocknung etc. Für 100kg Körnermais (14% F.) wurde 1985 Fr. 74.– bezahlt; 1990 Fr. 73.–; 1995 Fr. 61.50; 1997: Fr. 53.–; 1999: Fr. 51.–; 2000: 48 Franken abzüglich mehrere Franken für Trocknung etc. Für 1.-Klass-Weizen wurde 1990 Fr. 106.–; 1995: Fr. 88,64; 1998: Fr. 75,71; 2000: 74 Franken abzüglich 8% Rückbehalt ausbezahlt. Raps ergab 1990: Fr. 205.–; 1995: Fr. 152.21; 1998: Fr. 141.37 und 2000: Fr. 74.– plus 37.–. Anbauprämie = Fr. 111.–

### Bauernsterben stoppen – auch in meinem Interesse!

Im Landwirtschaftsjahr 1999/2000 haben erneut 2600 Bauern aufgegeben! Bern und Brugg reden von Strukturereinigung; das bedeutet, 2 von 3 Bauern müssen gemäss den Experten aufgeben, sie werden von den Stärkeren «aufgefressen»! Das Strukturprogramm «Horizont 2010» wird eine industrielle Landwirtschaft und natürlich nicht oder

nur schwer deklarierbare Importe fördern. Gerade die Frage der Deklaration zeigt drastisch, dass zwar spanische Produkte mit einer Knospe bezeichnet sind und entsprechende Preise verlangt werden. Wer aber garantiert den Konsumenten, dass die Knospentypen in Spanien umgesetzt werden, und zwar die gleichen wie in der Schweiz? An diesem Beispiel zeigt sich überdeutlich, wie schnell bei offenen Märkten der Ruf nach einer Eineweltregierung mit einer Eineweltpolizei ertönen könnte. «Horizont 2010» und die damit verbundene Öffnung wird auch – als totaler Rückschritt die industrielle Tierhaltung fördern, dazu die Monokulturen und den Einsatz von Genmanipulation und Chemie. Noch vieles könnte er-

wählt werden, doch bedenken wir, «das Land stirbt ohne Landwirtschaft»!

### ...später die anderen Arbeitsplätze und Betriebe...

In offenen Märkten werden früher oder später alle auf die gleiche Basis gestellt werden. Heute beklagen wir die Bauern, morgen die Arbeiter und Angestellten! Es gibt keinen anderen Weg! Ein Facharbeiter in China verdient 40 Franken im Monat, in Osteuropa 300! Kommentare und weitere Erläuterungen sollten nicht nötig sein! Es bleibt die Frage, wollen wir uns das gefallen lassen? Wollen wir diese Zustände einfach und als Gott gegeben abwarten? Ich meine Nein, und was sagen Sie?

## Ogis Ruhegehalt: 200'000 Franken

SD. Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundesrat Ende dieses Jahres hat Adolf Ogi Anspruch auf ein jährliches Ruhegehalt von fast 200'000 Franken. Dieses wird allerdings gekürzt, wenn er einen lukrativen neuen Posten antritt.

Bei einem Bruttogehalt von 392'924 Franken verdienen die Bundesratsmitglieder nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge 369'030 Franken im Jahr. Dazu kommen eine nicht steuerpflichtige Repräsentationszulage von rund 30'000 Franken und – für den Bundespräsidenten – eine Präsidentszulage von 12'000 Franken.

Wer den Bundesrat nach mindestens vier Jahren oder aus gesundheitlichen Gründen verlässt, erhält ein volles Ruhegehalt in der Höhe der halben Besoldung einer amtierenden Magistratsperson. Heute

liegt dieses Ruhegehalt also bei 196'462 Franken.

### Anmerkung eines SD-Mannes:

Die Tragik des BR Ogi besteht darin, dass er die SVP vertritt und zwar so, wie es Linke, Medien und Internationalisten wünschen, und gleichzeitig die bescheidene oppositionsarbeit der SVP torpediert. Wäre die Demokratie in unserem Lande noch intakt, müssten die anderen Parteien einen SVP-Vorschlag für den Bundesrat (z.B. Blocher) akzeptieren und die vorgeschlagene Person wählen. Die heutige Entwicklung führt dazu, dass nur noch jene BR-Kandidaten (egal welcher Partei) gewählt werden, die der Classe Politique und vor allem den (linken) Medien das Wasser auf ihre Mühlen leiten.

Willy Schmidhauser,  
Präsident SD Thurgau

## Mehr einheimische Kinder – aber keine höheren Kindergelder!

1999 hatte unser Land auf 100 Frauen noch bescheidene 127 Kinder. 1990 waren es noch 155, nötig für einen stabilen Erhalt der Schweizer Bevölkerung wären allerdings 210 Kinder. 1990 hatten 100 ausländische Frauen in der Schweiz 167 Kinder und 1999 bereits 193. Diese Steigerung und andererseits die Abnahme der Zahl der Schweizer Kinder ist eine Katastrophe für unser Land! Die Lage der Familien müsste unbedingt verbessert werden, aber ohne damit die Attraktivität für Einwanderer aus aller Welt erneut zu erhöhen. Nun schreien die gleichen

Ausverkäufer unseres Landes erneut nach höheren Kinderzulagen. Das ist mehr als falsch. Wie unsinnig war die Einführung der familienfeindlichen Mehrwertsteuer! Auch bei der Krankenkasse sind es ausgerechnet die Parteien für «die Familien» und die «sozial Schwachen», die gewaltige Kostensteigerungen verursacht haben. SP-Bundesrätin Dreifuss will den MWSt-Satz noch höher schrauben! Was für ein Unsinn und was muss noch alles geschehen, bis die schlafenden Schweizer endlich aufwachen?

Willy Schmidhauser, Dettighofen



# Das Schweigen der Lämmer – oder die Skinheads haben ihre Schuldigkeit getan



*Hans Steffen,  
a. Nationalrat,  
SD/ZH,  
Fischenthal*

**Während Wochen vor der Abstimmung über die 18-Prozent-Initiative vom 24. September 2000 verging kaum ein Tag, an welchem nicht irgend eine Schlagzeile in den Zeitungen oder eine Sendung in den elektronischen Medien verbreitet wurde, welche von aufkommendem «Rechtsextremismus und Rassismus», von Skinheads auf dem Rütli, in Malters und im Restaurant «Stop» in Fischenthal zu berichten wusste. Die von den Medien gehätschelten Rechtsextremismus-Journalisten Jürg Frischknecht (Fichenfritz) und Hans Stutz, der oberste Bundespolizist Urs von Däniken, der Bundesanwalt Valentin Roschacher, ja sogar die Bundesrätin Metzler mit Kollegen wurden bemüht, um dem zitternden Volk zu sagen, welche Gefahren da lauerten. Die Initiative sei unmenschlich, fremdenfeindlich und extrem; deshalb müsse sie abgelehnt werden. Und sie wurde abgelehnt – leider!**

## Das Testament

### Die letztwillige Verfügung

*Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten*

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Geschäftsleitungsmitglied Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro  
Meienbergstrasse 4  
CH-9620 Lichtensteig  
Telefon 071 - 988 50 88  
Telefax 071 - 988 67 61

### Winterthurer Fackelzug – die Farce

Für den aufmerksamen Beobachter ist das, was vor dem 24. September abgelaufen ist, eigentlich nicht neu; höchstens die Intensität. Vor der Abstimmung über unsere Volksinitiative «für eine Begrenzung der Einwanderung» (1988) waren es plötzlich auftretende «Nazis», welche mit einem Fackelzug irgend einer Nazigrösse gedachten. Mit bereitstehenden verummten Antifaschisten und der Polizei kam es vor laufenden Kameras zu einer wüsten Schlägerei mit Verletzten. Natürlich vermeldeten die Medien, bei den Nazis wären auch Leute anzutreffen, welche der NA naheständen. Die Initiative wurde abgelehnt, der «Nazi-anführer», ein Student und Sohn begüterter Eltern, verschwand für ein Jahr auf der Hochseejacht eines bekannten Seglers und in Winterthur kehrte umgehend Ruhe ein.

### Gräberschändung im rechten Moment?

Vor der Abstimmung über das Antirassismusgesetz wurden auf dem jüdischen Friedhof Friesenberg rechtzeitig schwere Grabsteine umgeworfen. Plötzlich bekannten sich ein paar kleine Volksschüler zur Tat. Im Nachhinein wurde allerdings gemunkelt, die Polizei habe Spuren zu anderen Personen verfolgt – das Geständnis der Lausbuben habe aber ein Weiterverfolgen der Spuren verhindert.

### Marcel Strebel, der gesponserte «Neo-Nazi»?

Marcel Strebel darf natürlich nicht vergessen werden: Er wurde von den Medien irgendwann als Neo-Nazi entdeckt, konnte sich vor Kameras aufplustern, eine Schwarze belästigen und reichlich Mist bauen. Dann kam der Rebell Strebel vor ein Schwyzer Geheimericht, wo er verurteilt wurde. Weshalb wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt? Aus einer Kurzmeldung der Presse war zu erfahren, dass Strebel von einem reichen Geschäftsmann mit einer fünfstelligen Frankensumme «gesponsert» worden war. Offenbar wurde so verhindert, dass die Öffentlichkeit Genaueres über die Umstände seiner Finanzierung erfahren hätte.

### Skinheads an Blocher-Demo

Christoph Blochers Grossdemo auf dem Münsterplatz in Zürich vor Jahren war von schwersten

Ausschreitungen sogenannter Autonomen entlang des Limmatquais begleitet. Am Fernsehen wurde jedoch eine Handvoll Skins am Rande der Blocher-Veranstaltung gezeigt, welche versuchte, Steine über die Limmat zu werfen. Beim Zuschauer wurde so der Eindruck erweckt, Skins bei Blochers Demo seien die Gefährlichen.

### Zufall oder unheimliche Strategie?

Am 1. August wurde auf dem Rütli von Unbekannten die Schweizerfahne mit der Europafahne vertauscht und die Fahnenstange mit Schmierseife eingerieben, eine provokative Tat, welche in den meisten Medien unerwähnt blieb. Eine Gruppe Skinheads buhte an jener Stelle der Bundesfeierrede von Bundesrat Villiger, wo dieser – ausgerechnet an der Geburtsstätte der Eidgenossenschaft – für eine Integration der Schweiz in Europa warb. Einige Skins hoben den rechten Arm mit den ausgestreckten Schwurffingern; bei einem war so etwas wie ein Hitlergruss zu erkennen. Dass «Dirty-Workers» des Fernsehens seine drei Finger in eine Hand manipuliert haben, ist reine Vermutung.

Aber genau im richtigen Zeitpunkt, Wochen vor der Abstimmung über die 18-Prozent-Initiative, wurde die Riesendiskussion um Rechtsextremismus losgetreten. Sie dauerte bis zum 24. September. Mittlerweile ist es ziemlich ruhig in der Skinzene. Malers und Fischenthal sind keine Schlagzeilen mehr wert.

### Das mögliche Szenario

Das Auftauchen und Abtauchen all dieser geschilderten Ereignisse nähren die Vermutung, dass hier in grossem Stil manipuliert wird: Hinter sowohl der Anarchisten- als auch der Skinhead-Szene bewegen sich Drahtzieher, welche auf Befehl beide Gruppen gezielt einzusetzen vermögen, nämlich dann, wenn eine entsprechende Stimmung und Auswirkung bei der Masse unseres Volkes erzielt werden soll. Es ist durchaus möglich, dass der Skinhead Lobsiger eine ähnliche Funktion wie seinerzeit Strebel auszuüben hatte. In jeder dieser beiden Gruppen vermag eine kleine, bezahlte Steuerungsgruppe ihre schwarzen oder braunen Schäferchen mobil zu machen.

### Manipulation nach deutschem Vorbild?

In der führenden «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» (FAZ) vom

27.11.92 wurde nachgewiesen, dass Fernsehleute an Jugendliche 500 Mark für einen Hitlergruss und 1000 Mark für das öffentliche Absingen des Horst-Wessel-Liedes gezahlt haben. Geheimdienstexperten wie John Barron, Oleg Gordiewsky oder Ladislav Bittmann berichten in ihren Büchern detailliert über Aktivitäten östlicher Geheimdienste in der Bundesrepublik. So wurden von den Geheimdiensten rechtsextremistische Attentäter, Synagogenschänder und Ausländerfeinde finanziert oder sogar eingeschleust, um so dem Ansehen der Bundesrepublik weltweit Schaden zuzufügen. Die Sichtung der Stasi-Akten bestätigte diese Informationen.

Bekannt ist auch, dass einstige Seilschaften der Stasi immer noch funktionieren. Da könnte es doch sein, dass auch Schweizer Public-Relations-Firmen die Dienste dieser arbeitslosen Manipulationsspezialisten zur Schaffung eines von Bundesrat und Parlament gewünschten Abstimmungsklimas einkaufen?

### Fazit

Eines ist sicher: Was in den oben geschilderten Ereignissen abgelaufen ist, entstand nicht spontan, sondern wurde als Werbe- und Manipulationsmittel zum Aufbau eines gewünschten politischen Klimas eingesetzt. Die Anwendung solcher hinterhältiger Methoden schadet nicht nur dem Ansehen der Schweiz, sie zerstört langsam aber sicher unser politisches System der direkten Demokratie und lässt unsere geistige und politische Elite in einem jämmerlichen Licht erscheinen. Wissen wäre Macht, aber leider fehlen die notwendigen Massenmedien zur Verbreitung dieses Wissens.

### So werden wir Einheimischen Schritt für Schritt entmachtet:

Wussten Sie, dass die bekannten Schweizer Firmen ABB, Nestlé und Roche von einem Ausländer geleitet werden?

Wundert es Sie da noch, dass das hohe und höchste Kader laufend grosszügige Lohnerhöhungen erhält, währenddem viele Angestellte nicht einmal den Teuerungsausgleich bekommen, also Lohnabbau in Kauf nehmen müssen?

**Volksabstimmung vom 26. November 2000:****SD: 5 x Nein**

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat am 28. Oktober 2000 im Restaurant/Kongresshaus «Galaxy» in Bern folgende Parolen gefasst:

<b>Rentalter-Initiativen</b>	<b>2 x Nein</b> (grossmehrheitlich)
<b>Umverteilungsinitiative</b>	<b>Nein</b> (einstimmig)
<b>Spitalkosteninitiative</b>	<b>Nein</b> (beinahe einstimmig)
<b>Bundespersonalgesetz</b>	<b>Nein</b> (einstimmig)

**AHV-Rentalter-Initiativen: 2 x Nein**

*Robert Meyer, ehemaliger SD/Lega-Fraktionssekretär, Bern*

**Um was geht es?**

Die beiden (sehr ähnlichen) Initiativen verlangen die Möglichkeit, bei Aufgabe der Erwerbstätigkeit ab 62-jährig eine ungekürzte AHV-Rente zu beziehen (Ruhestandsrente). Die Initiativen aus Kreisen der Gewerkschaften und der Grünen entstanden als Reaktion auf die 10. AHV-Revision, bei der die schrittweise Heraufsetzung des Rentenalters der Frauen von 62 auf 64 beschlossen wurde.

**Was geschieht bei Ablehnung der Initiativen?**

Das Frauenrentenalter wird per 2001 auf 63 und per 2005 auf 64 Jahre angehoben. Gleichzeitig werden Vorbezugsmöglichkeiten für Männer und Frauen von einem Jahr, später zwei Jahren eingeführt. Im Gegensatz zur Forderung der Initiativen gibt es jedoch eine Rentenkürzung pro Vorbezugsjahr von 6,8% (also 13,6% für 2 Jahre). Frauen profitieren während einer Übergangsfrist bis 2009 von einer verminderten Kürzung von 3,4% pro Vorbezugsjahr.

**Was ist unbestritten?**

Die weitgehende Angleichung der Rentenalter von Frau und Mann wird auch von den Initiatoren nicht bekämpft. Dieser für die Frauen zwar harte Schritt rechtfertigt sich durch die allgemein höheren Renten vor allem für die Frauen im Zuge der 10. AHV-Revision.

**Würdigung der Initiativen**

Die zwei Initiativen verfolgen an sich ein sympathisches Ziel. Die

Menschen wählen heute sicherlich viel individueller je nach ihrer Schaffenskraft und ihren Bedürfnissen, wann sie in den Ruhestand treten wollen. Dass viele Leute nicht bis 65 arbeiten können oder wollen, ist verständlich. Dennoch sprechen gewichtige Argumente gegen die Initiativen.

**Ungekürzter Vorbezug – ist dies gerecht?**

Unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit und der Gleichbehandlung ist es fragwürdig, dass der, der sich mit 62 Jahren aus dem Arbeitsleben zurückzieht die gleiche ungekürzte Rente erhalten soll wie jener, der bis 65 arbeitet. Beim bestehenden System ist die frühere Pensionierung genauso möglich, aber mit einer gerechtfertigten Kürzung.

**Verkräftet die AHV einen weiteren Leistungsausbau?**

Bekanntlich wird die AHV infolge der demographischen Entwicklung (Überalterung) ohnehin ab dem Jahr 2010 in sehr grosse Schwierigkeiten kommen, die 2025 ihren Gipfel erreichen. Es wird sicherlich harte politische Diskussion geben; neue Finanzierungen werden vermutlich bei der Mehrwertsteuer suchen. Es ist wenig klug, bei dieser absehbaren prekären Situation der AHV noch einen weiteren Belastung in Form der ungekürzten Ruhestandsrente aufzubürden.

**Mehrleistung der AHV = sozial?**

Der SD-Zentralvorstand will sich wieder vermehrt für soziale Anliegen einsetzen, was sich bei der Nein-Parole zum Bundespersonalgesetz gezeigt hat. Die AHV ist jedoch ein Topf, bei dem jeder Franken, der mehr ausbezahlt wird, auch irgendwo eingenommen werden muss. Nebst den berechtigten Anliegen der älteren Generation sind unter dem Stichwort «sozial» auch an die beitragszahlende Generation, z. B. Familienväter zwischen 30 und 40, zu denken, die

sehr oft nicht auf Rosen gebettet sind. Diesen noch mehr abzuverlangen, und dies erst noch über die unsoziale Mehrwertsteuer, ist abzulehnen.

**Quintessenz**

Mancher kann und soll nicht bis 65

arbeiten. Für die frühere Pensionierung müssen aus den genannten Gründen jedoch andere Lösungen (2. und 3. Säule) gefunden werden. Wenn wir das nach wie vor im Volk sehr gut verankerte Sozialwerk AHV langfristig sichern wollen, dürfen wir ihm nicht eine weitere Last aufbürden.

**Bundespersonalgesetz****Die SD-Geschäftsleitung und der Zentralvorstand empfehlen zum neuen Bundespersonalgesetz ein klares NEIN!****Das Gesetz im politischen Umfeld**

(shf) Vor mehr als einem Jahrzehnt hat die Freisinnig-Demokratische Partei mit dem Slogan «Weniger Staat» geworben. Damit wurde gewissermassen auch die Öffnung gegenüber der international verordneten «Globalisierung» eingeleitet. Schlagworte wie «Deregulierung», «Markt», «Wettbewerb», «Öffnung» oder «New public management» waren plötzlich in aller Munde und wurden von Wirtschaftsvertretern und Politikern nachgeplappert.

Unser Land befindet sich also mitten in einem Prozess, bei welchem, unter dem Titel «Weniger Staat», funktionierende Dienstleistungsbereiche von Bund, Kantonen und Gemeinden privatisiert werden. Dabei fällt auf, dass es vor allem Bereiche sind, welche beim Akt der Privatisierung einigen Schlägen durch massive Aktienkäufe grosse Gewinne bringen. Vor allem sind Telekommunikation, Verkehr, Energie und Versorgung im Visier der Globalisierer.

**Wo waren die Gewerkschaften?**

Zwei Feststellungen zu den Teilprivatisierungen und der Haltung der Gewerkschaften seien hier doch noch getroffen.

**Zum einen:** Als es vor einigen Jahren um die Aufsplitterung und Teilprivatisierung der PTT ging, hatten jene Gewerkschaften tief geschlafen, welche jetzt das Referendum gegen das Bundespersonalgesetz ergriffen haben – oder aber ihre Sekretäre könnten damals gekauft worden sein. Der PdA-Nationalrat und Postangestellte Jean Spillmann wollte das Referendum ergreifen, fand aber nicht einmal bei seinen Berufskollegen genügend Unterstützung. Dabei wäre es ein Leichtes gewesen, mit Unterstützung der Bundesbeamten und kleinerer Parteien das Referendum zusammenzutragen.

**Zum anderen:** Nach der Aufspaltung der PTT sind beispielsweise die Managerlöhne und die Swisscom-Aktien phänomenal gestiegen – dafür verloren Tausende treuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Stelle.

**Fazit:**

In Anwendung des Slogans «Weniger Staat» werden unserem Staat Schritt um Schritt wichtige Aufgaben entzogen, die als Gemeinschaftsaufgaben zur innerstaatlichen Solidarität beigetragen haben.

**Das Bundespersonalgesetz und das SD-Programm**

Hier stellt sich die Frage, ob eine Ablehnung dieses Gesetzes mit den Zielsetzungen der SD begründet werden kann. In der Einleitung des SD-Legislaturprogramms 1999–2003 findet sich unter anderem folgende Zielsetzung:

«Die SD kämpfen für einen gesunden, stabilen und sozialen Lebensraum des Schweizervolkes. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn die Wirtschaft nicht Selbstzweck ist, sondern zur Befriedigung der echten Bedürfnisse des Schweizervolkes eingesetzt wird.»

Dort, wo es um den «Service public – also um Dienstleistungen für die Allgemeinheit» geht, ist es ohne Zweifel besser, wenn der Staat für die notwendige Solidarität unter den Dienstleistungsanbietern und -bezügern besorgt ist. Eine auf Gewinn ausgerichtete Aktiengesellschaft wird früher oder später kostenträchtige Dienstleistungen in abgelegenen Gebieten kürzen: Erwähnt sei hier beispielsweise die landesweite Versorgung mit Elektrizität, Kommunikationsanschlüssen oder Trinkwasser.

**Was will das neue Bundespersonalgesetz?**

Der bis anhin gültige Beamtenstatus wird abgeschafft. Die Wahl für eine vierjährige Amtsdauer entfällt. An die Stelle des Beamtenstatus tritt eine kündbare, öffentlich-rechtliche Anstellung. Bis jetzt hat der Bund Anstellungen hoheitlich verfügt. Neu erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Einzelarbeitsverträge. Mit der Aufhebung des Beamtenstatus entfällt auch eine wichtige Bindung des Beamten an die Eidgenossenschaft, also an die ganze Volksgemeinschaft. Den Beamten



# Sicherheit geht uns alle an

## Zur Volksabstimmung über die Umverteilungsinitiative



**NEIN**  
Zur Umverteilungs-  
spricht Halbierungsinitiative  
vom 26. November 2000

**Wozu brauchen wir eine Armee? Wie gross soll sie sein, wie ausgerüstet? Miliz- oder Berufsarmee? Welche Aufgaben soll der Zivilresp. Bevölkerungsschutz wahrnehmen? Und wie viel darf das alles kosten? Bei der am 26. November zur Abstimmung gelangenden Volksinitiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsge-**

Fortsetzung von Seite 4

können zum Teil auch wichtige, heikle Aufgaben übertragen werden. So sind Postbeamte und Swisscom-Leute für die Einhaltung des Post- und des Kommunikationsgeheimnisses mitverantwortlich. Bestimmte Beamte werden sogar vereidigt – also in besonderer Weise auf genaue Befolgung von Anordnungen und Vorschriften verpflichtet.

Die Abschaffung des Beamtenstatus beeinträchtigt ohne Zweifel die jetzt noch vorhandene enge Bindung der Person des Beamten an den Staat.

### Was beanstanden die Gewerkschaften?

Sie befürchten massive Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen des Bundespersonals und auch negative Auswirkungen auf die flächendeckenden Dienstleistungen für alle. Selbst Masseneinstellungen wären nach dem neuen Gesetz möglich. Mit der Aufhebung des Beamtenstatus würden zudem Tür und Tor für die Anstellung von Ausländern geöffnet, was nicht wünschbar ist. Es wird auch beanstandet, dass es bei unteren Lohnklassen zu Lohnabbau kommen könnte, während bei Kaderposten – wie in der Privatwirtschaft – übertriebene Spitzenlöhne angeboten würden.

### Beschluss des SD-Zentralvorstandes:

Mit einem Abstimmungsresultat von 23 zu 0 Stimmen wurde am Samstag, 28. Oktober 2000, beim Bundespersonalgesetz die **NEIN-Parole** beschlossen.

**richtete Arbeitsplätze» der SPS geht es nur auf den ersten Blick rein um die Kostenfrage.**

### Halbierte Sicherheit ist keine Sicherheit!

Die sogenannte Umverteilungsinitiative verlangt eine Halbierung der Landesverteidigungsausgaben gegenüber 1987 innerhalb von zehn Jahren nach Annahme der Initiative. Bei einer solch massiven Kürzung des Budgets ist eine befriedigende Erfüllung der heutigen Armee- und Zivilschutz-Aufgaben nicht mehr möglich. Die Armee und der Bevölkerungsschutz sind wichtige Pfeiler des schweizerischen Sicherheitskonzepts. Unsere Grundwerte sowie Friede und Stabilität brauchen einen ausreichenden Schutz. Gerade als neutrales Land ist die Schweiz auf eine glaubwürdige Armee angewiesen. Bei einem Ja zur Initiative würden Ausrüstung und Ausbildung (und somit sämtliche Wehrmänner) zwangsläufig durch die Budgetrestriktion leiden. Mit halbem Budget könnte sich die Schweiz weder mit der heutigen Armee 95 noch mit der geplanten Armee XXI im Notfall hinreichend militärisch verteidigen. Dieses Wissen ist für unsere Stabilität und Unabhängigkeit schädlich, ist doch die Glaubwürdigkeit der Armee der beste Schutz, sie nie zur Verteidigung unseres Landes einsetzen zu müssen.

### Flexibilität bewahren

Sicher, die Bedrohungslage hat sich seit dem Ende des Kalten Krieges geändert. Doch ist die Welt sicherer geworden? Der Warschauer Pakt ist zerfallen, doch die Waffen sind immer noch vorhanden. Wie für andere Bereiche auch, wäre es geradezu grobfahrlässig, eine fixe Limite für Verteidigungsausgaben in der Verfassung zu verankern. Damit würden wir uns der notwendigen Flexibilität berauben, falls sich die politische Lage wieder einmal ändern würde. Oder wer hat nach dem Mauerfall in Berlin erwartet, dass es wenige Monate später in Ex-Jugoslawien – keine zwei Flugstunden von der Schweiz entfernt – zum grössten und grausamsten Krieg in Europa seit 1945 kommen würde?

### Tausende von Arbeitsplätzen bedroht

Aber auch wirtschaftlich hätte die Umverteilungsinitiative massive Folgen. Der Bundesrat geht von 6000 gefährdeten Stellen in Industrie, Gewerbe und Verwaltung aus. Eine Studie der Initianten beziffert die zum Opfer fallenden Arbeitsplätze sogar auf das Doppelte!

Die vom Abbau betroffenen Betriebe sollen zwar auf zivile Güter und Dienstleistungen umstrukturiert werden. Die Initiative sieht diesbezüglich einen 1-Milliarden-Konversionsfonds vor, der die vom Abrüstungsprozess betroffenen Beschäftigten und Regionen unterstützen soll. Doch der künstliche Aufbau und die kurzfristige Subventionierung von neuen Unternehmen dürften kaum nachhaltig Arbeitsplätze schaffen.

### Kein Sparbeitrag – alles umverteilt

Die Armee hat in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen geleistet. Heute investiert die Schweiz noch 10% ihrer Bundesausgaben in die Landesverteidigung, 1980 waren es noch über 20%. Während die gesamten Ausgaben des Bundes im letzten Jahrzehnt nominal um 32% zunahm (diejenigen für die Soziale Wohlfahrt sogar um 62%), verzeichnen die Ausgaben für die Landesverteidigung einen Rückgang um 24%! Wer glaubt, mit der Initiative könnte ein weiterer Sparbeitrag geleistet werden, sieht sich getäuscht. Gespart wird kein einziger Franken, sondern es wird grosszügig umverteilt.

Eine Annahme der Umverteilungsinitiative würde der Landesverteidigung schaden und unsere sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit beeinträchtigen. Tausende von Arbeitsplätzen gingen verloren mit entsprechenden sozialen Folgen, und gespart wird gar nichts. Nicht nur aus sicherheitspolitischer Sicht, sondern auch aus wirtschaftlichen und staatspolitischen Gründen verdient die Initiative keine

Unterstützung. Es ist zu hoffen, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 26. November das überflüssige, unhaltbare und für die Sicherheit der Schweiz gefährliche SP-Volksbegehren deutlich ablehnen.

Bernhard Hess,  
Nationalrat SD, Bern

Weitere Informationen unter:  
[www.umverteilung.ch](http://www.umverteilung.ch)

### «Umverteilungsinitiative»: Vorsicht Falle – gespart wird nichts!

Bei Annahme der Umverteilungsinitiative würde zwingend ein Drittel für «zusätzliche Friedenspolitik eingesetzt werden» (genannt werden von der SP: Entwicklungszusammenarbeit, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit). Das Parlament befindet alle vier Jahre über die Verwendung der restlichen zwei Drittel (1,2 Mrd. Fr. jährlich). Gespart wird somit gar nichts.



## «Soldatendienst ist Gottesdienst»

### Eine Abstimmungsvorschau

Rosa Luxemburg, «revolutionäre Sozialistin», geboren 1870, ermordet in Berlin 1919, sah im Sozialismus die Überwindung aller Kriege. Diese Theorie ist längst widerlegt. Vielfach führten und führen sozialistische Diktaturen Kriege. Die Eidgenossen haben solchen 1515 abgeschworen. Hingegen mussten Schweizer immer wieder zu Grenzbesetzungen ausrücken, mehr als nur 1870, 1914 und 1939. Die drei letztgenannten Konflikte haben wir unter grossen Opfern glücklich überstanden, obschon «Friedensfreunde» die Mittel lange verweigert hatten. Und so stehen wir heu-

te vor einem neuen Versuch, zuerst die Armee zu halbieren, um sie später ganz abzuschaffen.

### 1939 war voraussehbar

Deutschland überfiel Polen ohne Kriegserklärung. Auch heute motten da und dort Feuerlein; ein Grossfeuer kann ganz unerwartet ausbrechen. Wir stehen heute viel schlechter da als 1939, mit doppelter Bevölkerungszahl und überhaupt keiner Rüstungsindustrie mehr, auf Gedeih und Verderb auf

Fortsetzung Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Erdöl (und Nahrung) angewiesen. Wir sind 1870, 1914 und 1939 glimpflich davongekommen. Zum Glück können Militärhistoriker nur über getroffene Abwehrmassnahmen berichten. Die ausgestandenen Mühen bleiben Sache der Veteranen.

### Feldprediger einst und jetzt

Huldrych Zwingli zog als Feldprediger 1515 in die Mailänder Kriege. Auf dem Schlachtfeld von Kappel fand er 1531 den Tod. Was er den Zürchern predigte, ist (wenigstens mir) nicht bekannt. Nun liegen Feldpredigten aus den Jahren 1870–1872 gedruckt vor, des reformierten Berners Albert Bitzios und des katholischen Luzerners Eduard Herzog.

1870 (deutsch-französischer Krieg, Übertritt der Bourbaki) sind der Anlass. Wie dann 1914, lagen der Schweizer Sympathien teils auf Seite der Franzosen, teils auf Seite der Deutschen. Zusätzlich unterschieden sich die aufgebotenen kantonalen Truppen durch Herkunft, Kultur, Religion. Die damalige Schweiz war innerlich gespalten, misstrauisch, die einen «rückständig», die andern «fortschrittlich». Aber die im Buch vorgestellten Feldprediger verstanden es trefflich, einen Beitrag zum innern Frieden zu leisten. Albert Bitzios, Sohn von Jeremias Gotthelf, hielt sechs Feldpredigten; Eduard Herzog, damals noch Theologieprofessor in Luzern und später erster christkatholischer Bischof, deren sieben. Alle Feldpredigten sind erhalten geblieben.

Heute sind Feldprediger beider Konfessionen «Mangelware». Viele meinen, Militärdienst verträge sich nicht mit Christentum. Die nun gedruckten Predigten sagen das Gegenteil.

### Treffende Bibelzitate sind Glücksfälle

Eine Bibelauslegung muss auch Zeit und Umstände berücksichtigen. Bitzios trat ein für die Neutralität. Er beruft sich auf den jüdischen König Hiskia (um 700 v. Chr.) und dessen Ratgeber Jesaja. Dass ein Christ auch Soldat sein kann, dafür steht bei ihm der Hauptmann (Lukas 23,47). In einer andern Predigt dann: «Ja, ich sage es frei heraus, es ist ein Werk Gottes, euer Soldatendienst ist auch ein Gottesdienst. Gott gab euch euer Vaterland». Dies ist gewiss: Bitzios hätte nie Kanonen gesegnet. Für ihn segnet einzig Gott: «Gott segne das Vaterland». Bitzios war als Student kurz Zentralpräsident der Studentenverbindung Zofingia (1857/58), Herzog als Gymnasiast deren Mitglied (ebenfalls um 1858). Auch er bejahte ohne Wenn und Aber den Dienst für das Vaterland. In seiner ersten Feldpredigt bei Rapperswil

## Strafanzeige

von Dragan J. Najman,  
Dr. Ing.-chem.  
ETHZ, Grossrat,  
Einwohner-  
rat, Baden



### Kläger

gegen  
Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB

### Beklagter

betreffend: Antischweizerischer Rassismus

(Bern) bezog er sich auf den eben geleisteten Fahneneid und beschwor den «Geist der christlichen Opferwilligkeit für die höchsten Güter der Menschen». «Seid opferwillig» war das Thema, «seid einig» dasjenige seiner zweiten Feldpredigt, «seid pflichtgetreu» in der dritten. Wer das Recht auf seiner Seite habe, zaudere nicht: «Einstehen für eine gerechte Sache ist eine Pflicht».

### Halbierung, dann Abschaffung

Rosa Luxemburg, eingangs zitiert, war zwar Gegnerin jeglicher Kriegsrüstung. Von der Ideologie her aber gibt es – auch für heutige Sozialisten und Friedensfreunde – gerechte und ungerechte Kriege. Dass die Schweiz überhaupt keinen Krieg führen möchte, sich aber vor einem durchaus möglichen schützen muss (es steht in Artikel 2 unserer Verfassung) sollte jedem Bewohner des Landes einleuchten. Darüber, wie «die Freiheit und die Rechte des Volkes» und die «Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes» gewahrt werden sollen, herrscht zurzeit Unsicherheit. Linke meinen, mit der Armeeabschaffung- und der Erfüllung sozialer Postulate sei ewiger Friede und sei Artikel 2 der Bundesverfassung Genüge getan. Glaub nicht dieser wirklichkeitsfremden Ideologie, auch wenn solches Kanzeln gepredigt werden sollte. Auch wenn in Kirchen das «ewige Licht» dauernd brennt: auf dem Erdenrund sind stets zeitgleich einige Kriege im Gang. Die Zeit des ewigen Gottesfriedens ist noch nicht angebrochen. Vor Utopien wird gewarnt!

Die Zitate entnahmen wir dem Werk: «Soldatendienst ist Gottesdienst», Die Feldpredigten aus den Jahren 1870–1872, documenta militaria, Thesis Verlag Zürich, 2000, ISBN 3-908544-37-8 brosch., 108 Seiten.

Robert Berner, Rheinfelden

**Bemerkung:** Aus Platzgründen kann diese Mitteilung erst in dieser SD-Nummer erscheinen. Zumindest im Kanton Aargau hat diese Strafanzeige den Zweck bereits erfüllt, denn sie hat für grosses Medieninteresse gesorgt. Die beiden Aargauer Tageszeitungen «Aargauer Zeitung» und «Zofinger Tagblatt» haben grosse Artikel darüber gebracht, das Regionalradio Argovia hat den ganzen Tag stündlich die Meldung wiederholt, und das Regional-TV Tele M1 (der zweitgrösste schweizerische Privatsender) hat ein Interview mit mir gemacht und hat dann in den Nachrichten unter dem Titel «Dragan Najman klagt an!» die Meldung an erster (und entsprechend prominenter) Stelle gebracht. Im Tele M1 werden die Nachrichten jeweils stündlich über ein Dutzend Mal wiederholt.

### Begründung

Der Beklagte hat Ende August 2000 eine Inseratenkampagne gestartet, die der Kläger eindeutig als antischweizerisch, also rassistisch gegen eine Volksgruppe, erachtet. Im betreffenden Inserat steht «Fremdenhass ist unschweizerisch». Gegen diese Aussage ist nichts einzuwenden. Das Inserat ist aber so verfasst, dass die Worte «Hass ist schweizerisch» gross schwarz auf weiss hervorstechen, der Rest ist weniger deutlich sichtbar. Der Gipfel der Unverschämtheit ist, jedoch, dass im Grossteil, des Inserats Skinheads abgebildet sind. Laut Schätzungen von Bundesbehörden gibt es in der Schweiz einige hundert militante Skin-

heads/Neonazis, diese stellen also etwa ein Promille der Schweizer Bevölkerung dar.



Es ist absolut unzulässig, dass der Beklagte 99,9 Prozent der Schweizer in den gleichen Topf wirft wie die wenigen hundert Wirt- und Kahlköpfe. Der Zweck ist klar: Mit der Darstellung der Skins in Zusammenhang mit den hervorgehobenen Worten «Hass ist schweizerisch» beabsichtigt der Beklagte den Eindruck zu erwecken, Schweizer seien alles Skinheads. Damit verfolgt er konsequent die antischweizerische Haltung der linken und extremlinken Kreise in der Schweiz, die jede Gelegenheit wahrnehmen, um die Schweizerinnen und Schweizer zu diffamieren und in den Schmutz zu ziehen.

Obschon dem Kläger klar ist, dass laut ARG nur Rassismus gegen Minderheiten verboten und eintragbar ist, ist der Kläger der Meinung, dass solcher antischweizerischer Rassismus ebenfalls verboten sein muss und von Amtes wegen verfolgt werden muss, auch wenn die Schweizerinnen und Schweizer in der Schweiz (noch) nicht zu einer ethnischen Minderheit gehören.

### SD im Nationalrat: Motion Bernhard Hess

## Strafvollzug im Heimatland bei ausländischen Straftätern

**Der Bundesrat wird aufgefordert, bei der bevorstehenden Revision des Strafrechtes unverzüglich Schritte in die Wege zu leiten, dass bei in der Schweiz zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilten ausländischen Straftätern die Strafe im Heimatland vollzogen wird.**

### Begründung

Die Schweizer Gefängnisse sind zum Teil mit über 70% ausländischer Täterschaft belegt. Die Auslastung der Strafvollzugs-Anstalten ist mit ein Grund, dass der «allgemeine Teil des Strafrechtes» in der bevorstehenden Revision noch täterfreundlicher ausfallen wird. Möglich sind: Ausdehnung der bedingten Strafe auf 36 Monate, vermehrte Halbgefängenschaft, vermehrter Hafturlaub (mit Fluchtmöglichkeiten), Haft in den eigenen vier Wänden, usw. Statt der steigenden Kriminalität mit verschärften Gesetzen zu begegnen, sollen Straftäter noch nachsichtiger behandelt werden.

**Der Strafvollzug von ausländischen Straftätern in ihrem Heimatland hat für die Schweiz wesentliche Vorteile:**

1. Unsere Gefängnisse haben wieder genügend freie Kapazität. Eine Aufweichung der Strafgesetzgebung zur Entlastung der Strafanstalten erübrigt sich. Kriminelle werden nicht mehr vorzeitig auf freien Fuss gesetzt, weil die Gefängnisse überlastet sind.
2. Die Steuerzahler werden entlastet, da die Zahl der ausländischen Straftäter ungleich höher ist als die von im Ausland verurteilten Schweizer Bürgern.
3. Ein Strafvollzug im Heimatland wirkt – besonders für Kriminaltouristen aus fernen Ländern – abschreckend, da die Haftbedingungen im jeweiligen Land weit unter dem schweizerischen Niveau liegen.

Bern, 27. November 2000

Bernhard Hess (SD)



## Genetik: Forschung und Fatalismus

Der Mensch nähert sich seit den vergangenen Wochen im Eilzugtempo einem Ziel, das sich schon etliche Philosophen und Humanbiologen gesetzt hatten: der vollständigen Entschlüsselung des menschlichen Erbgutes. Amerikanische Forscher haben bis dato 97 menschliche Gene eruiert und können und befinden sich somit einen Steinwurf entfernt von der Machbarkeit des sogenannten «Homunculus», eines künstlichen Supermenschen, dessen genetischer Aufbau den Grundstein legen könnte für eine neue menschliche Spezies. Horrorvision oder Hinwendung zur humanbiologischen Perfektion?

### Von der Historie namens Frankenstein

Als Mary W. Shelley zu Beginn des 19. Jahrhunderts den weltberühmten Roman «Frankenstein» schuf und sich damit – unbewusst – akribisch mit der Möglichkeit der künstlichen Reproduktion menschlichen Lebens auseinandersetzte, ahnte wohl niemand, dass die phantastischen Gedanken dieser verkannten Literatin eines Tages wissenschaftlich umgesetzt werden könnten. Gerade Mary Shelley aber verfolgte mit ihrem Roman das Ziel, die Menschen der Gottesfurcht zu unterziehen. Entgegen der häufigen wissenschaftlichen (Un-)Moral versuchte sie darzulegen, dass jedes Eingreifen in die von Gott geschaffene Natur unverzeihlich sei. Nun war um das Jahr 1818 selbst bei Wissenschaftlern der Respekt vor der Schöpfung noch sehr ausgeprägt, sodass kaum ein Mensch auf die Idee gekommen wäre, die Botschaft Shelleys nicht entsprechend zur Kenntnis zu nehmen, bzw. es verstand sich von selber, das ungeschriebene Gesetz nicht zu tangieren. Abgesehen davon war zu dieser Zeit die Hexenjagd in vielen Teilen Europas noch nicht abgeschlossen, was erheblich dazu beitrug, nicht auf «dumme» Gedanken zu kommen. Doch selbst Humanisten und der Klerus konnten die Neugier der sich rasend ausbreitenden Vertechnologisierung des Menschen nicht bremsen, schon gar nicht, als die Industrialisierung längst eingesetzt hatte und vor allem die Geisteswissenschaften eine Renaissance erfuhren.

### Körper und Geist: Genetik und Philosophie

Mit dem ausgehenden 19. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts nahmen sich zahlreiche kluge Köpfe der zwar faszinierenden aber zweifelhaften Synthese zwischen geisteswissenschaftlicher Haltung und möglicher humanbiologischer Praxis an. Hierbei wurden insofern bemerkenswerte Theorien aufge-

stellt, als spätere Forscher wie der deutsche Genetiker Otmar von Verschuer seine unbestrittene Fachkompetenz in den Dienst eines ideologischen Systems stellte, das die Rassenfrage als wichtigen Grundpfeiler zur kollektiven Zugehörigkeit zum Staat voraussetzte. Von Verschuer verkörperte den Typus des durch und durch pragmatischen Wissenschaftlers, der sich zu keiner Zeit von ethischen Gesichtspunkten leiten liess. Er versuchte bereits vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten – welche ihm schliesslich alle Mittel zur Genforschung zur Verfügung stellten – die Erbsubstanz, besonders von Zwillingen, zu erforschen. Von Verschuer war vom Gedanken beseelt, den entscheidenden Baustein ausfindig zu machen, der verantwortlich zeichnet für die Physiognomie des Menschen, in der Absicht, eines Tages «rassenreine» Typen hervorbringen zu können, welche sich darüberhinaus durch Intelligenz und Resistenz gegen Krankheiten auszeichnen; der arische Homunculus schlechthin. Von Verschuers Musterschüler und späterer engster Mitarbeiter war übrigens der berühmte SS-Arzt Josef Mengele.

Es waren jedoch nicht nur deutsche Wissenschaftler, die sich – begünstigt durch die politischen Umstände – mit der menschlichen Erbsubstanz intensiv auseinandergesetzt hatten. In der Vorkriegszeit wurden weltweit Rassenforschungen betrieben, und die wenigsten Magistraten und Geisteswissenschaftler empfanden Skrupel ob den in der Tat teilweise haarsträubenden Theorien, die Zugang zur Öffentlichkeit gefunden hatten. Der Begriff der «Rassenhygiene» schien damals keinerlei Probleme aufzuwerfen, zumindest nicht in dem Sinn, wie analoge Formulierungen heutzutage interpretiert würden. Unmittelbar nach 1945 wendete sich das Blatt schlagartig.

### Falsche Moral und die Moderne

Im Zuge der gesamteuropäischen Entnazifizierung nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Rassenforschung per se der Garau gemacht. Die Genetik war zwar nicht gerade als unerwünscht erklärt worden, aber die Wissenschaft als solche wurde der Öffentlichkeit weitgehend entzogen. Inoffiziell arbeiteten selbstverständlich etliche Technologen in der Genforschung, vielfach basierend auf Ergebnissen von deutschen Wissenschaftlern, wie dies auch im Bereich der Atomphysik praktiziert wurde; speziell von Amerikanern. Die Zweckmoral war geboren. Es verstrichen jedoch einige Jahre, bis der Ungeist der genetischen Vergangenheit wieder aus dem Dunkel hervortreten konnte. Etwa Mitte der Achtzi-

ger Jahre gewann die Gentechnologie zusehends an Bedeutung, als sich die Forschung auf künstliche Lebensmittelerzeugung und nicht zuletzt auf neue Krankheitserscheinungen zu konzentrieren begann. Im Zeitalter von globaler Bevölkerungszunahme und Aids verlor das Reizwort «Gentech» seinen bedrohlichen Geruch weitgehend. Industrie und Staat pumpeten Milliarden in die Genforschung, was zur Folge hatte, dass die Wissenschaft innert Kürze mit immer besseren Ergebnissen in vielen Bereichen der Gentechnologie aufwarten konnte. Eine wirklich bedeutende Innovation ist beispielsweise in der Kriminalistik zu verzeichnen, wo heutzutage ein Täter mittels «genetischem Fingerabdruck» eindeutig überführt werden kann. Ein anderes Beispiel ist der Fortschritt in der Cytologie (Zellkunde), wo die zelltechnische Bekämpfung bestimmter Krankheiten schon möglich geworden ist. Es stellt sich also die Frage, ob die Menschheit in Anbetracht des Nutzens für die Allgemeinheit der Natur ihren Lauf in aller Konsequenz lassen soll, oder ob das Recht auf Korrekturen moralisch legitimiert werden darf.

### Gefahren sind immer gegeben

Es kommt nicht von ungefähr, der Wissenschaft generell keine Narrenfreiheit zu lassen, schliesslich haben verschiedene Ereignisse in der Vergangenheit bewiesen, dass Technologen sämtlicher For-

schungsgebiete irgendwann einmal keine Grenzen mehr besaßen, was nicht zuletzt an der Erfolgsbestätigung von jahrelanger Experimentalarbeit gelegen hatte. Allerdings ist die Frage nach Reglementierung in wissenschaftlichen Angelegenheiten schwierig bis gar nicht zu beantworten. Zwar sind natürlich Praktiken verboten, die explizit gegen die menschliche Würde verstossen, aber es fragt sich hierbei, wo denn die Grenzen gezogen werden. In Anbetracht der teilweise sehr zweifelhaften Tierversuche ist man geneigt zu mutmassen, dass die Verantwortungsträger ausgerechnet beim Menschen kaum Halt machen würden, wenn es denn sowohl der Neugierde, als auch dem Profit dienlich sein könnte. Trotzdem ist die Extremhaltung vieler Naturalisten und Ökologen gegenüber dem Wunder Gentechnologie vermessen und völlig kontraproduktiv. Angesichts der Probleme und Gefahren, die noch auf die Menschheit zukommen werden (Anstieg der Weltbevölkerung, Ausbruch von neuen Seuchen, Krankheiten etc., Erschöpfung der natürlichen Ressourcen usw.) ist die Politik gefordert, entweder Alternativen zu erarbeiten oder der Wissenschaft die – vernünftige – Möglichkeit zu bieten, innerhalb der Genforschung Ergebnisse zu erzielen, welche mit dazu beitragen, die oben genannten Gefahren zu vermeiden. Dass neue Technologien immer hohe Risiken mit sich bringen, ist nun einmal der Preis, den man für das Wohl der Menschheit zu bezahlen hat.

Alexander Nyffenegger,  
SD-Parteisekretär, Bern

## Offener Brief an Bundesrätin Ruth Dreifuss

### «Suchtbefriedigung» als «Pflichtleistung» der Krankenkassen?

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Dreifuss

Drogenabhängige sind keine Patienten mit «schweren Leiden» im eigentlichen medizinischen Sinne. Sie haben sich freiwillig in ihre Sucht begeben. Doch statt «geheilt» (Entzug), werden sie vom Staat mit «Stoff» versorgt und weiterhin auf Kosten der Allgemeinheit in ihrer Sucht gefangen gehalten (Raucher und Trinker gehen leer aus!). Auch frage ich mich, wie Sie und das «Bundesamt für Sozialversicherung» auf «nur» 14,5 Millionen Franken Mehrkosten für die nun kassenpflichtige Heroinabgabe kommen. Seit Jahren bezahlen die Kassen die (wovon die meisten Prämienzahler nichts wissen). Dass die Kassen rund 45 Millionen allein für die «Substanz Methadon» (Fr. 6.– pro Tag und Person, medizinische Betreuung nicht inbegriffen) pro Jahr bezahlen und nur sehr we-

nige den Ausstieg mit Methadon schaffen (siehe Methadon-Bericht), wird wohlweislich auch nicht publik gemacht. Gemäss Abstimmung über die Heroinabgabe darf an vorläufig (?) 3000 Personen Heroin abgegeben werden. Nach offiziellen Angaben kostet der «Stoff» die Allgemeinheit Fr. 68.– pro Tag und Person. Das bedeutet jährliche Kosten von rund 75 Millionen Franken. Greift das «Berner Modell» (Heroinabgabe über die Arztpraxen) sind das weitere Kosten zwischen 50 und 200 Millionen Franken, da jeder Arzt Konsultationskosten von 15 bis 60 Franken verlangen kann. Bei einem Heroinsüchtigen sind dies 3–4 Konsultationen pro Tag ohne weiterreichende medizinische Betreuung, welche selbstverständlich zusätzlich verrechnet werden darf. Wird Heroin

Fortsetzung Seite 10



Kanton Basel-Land



## Danke Peter Degen

Unser langjähriger Mitkämpfer Peter Degen hat Mitte Oktober sei-



*Peter Degen,  
abtretender  
Landrat*

nen Rücktritt aus dem Landrat bekannt gegeben. Seit 1991 vertrat er die SD im Baselbieter Landrat. Bei jeder Wahl machte er eine grosse Stimmzahl. Und 1991 wie auch 1995 trug er mit seinen Stimmen massgeblich dazu bei, dass unser Nationalratssitz erhalten werden konnte. Im Landrat betätigte sich der 51-jährige Polizei-Hauptinspektor als Mitglied der Volkswirtschafts- und der Gesundheitskommission. Bekannt wurde er auch durch seine ungezählten Leserbriefe und sein stets mutiges Eintreten für unsere Ziele.

Peter Degen war immer ein gradliniger Politiker, einer von der Sorte, die den Volkswillen respektieren und stets versuchten, auch dem einfachen Volk eine Stimme zu geben. Wir danken Peter Degen für die viele Zeit, die er für unsere Sache geopfert hat, und wünschen ihm beruflich und privat alles Gute auf seinem weiteren Lebensweg.

### Thomas Haegler neuer Landrat

Als neuer Vertreter des Oberbaselbiets wird Thomas Haegler in den Landrat nachrücken. Er hat bereits mehrere Male kandidiert und wurde auf der SD-Liste 9 Erstrnchrückender.



*Thomas  
Haegler,  
unser neuer  
Landrat*

Der 41-jährige Thomas Haegler wohnt in Gelterkinden, ist von Beruf Büchsenmacher und leitet ein Geschäft für Maschinen- und Motorgeräte in Lausen. Wir wünschen Thomas Haegler alles Gute in seinem neuen Amt.

*Rudolf Keller*

Anzeige

## Wasch- und Bügelservice






**Spez. auf Herrenhemden  
– Wäsche wird auch  
geholt und gebracht.**

Stadt Zürich und  
Umgebung

Tel. 01 - 401 23 29

A. Wenger

# Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirk Aarau	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr
	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen
	Bezirkspartei Bremgarten	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Freiämterhof, Villmergerstrasse 7, Wohlen
	Sektion Kulm	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach
	Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Bern 	Stadt Bern	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern
	Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg
	Sektion Ob- und Nid-Emmental	Stammtisch jeden dritten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal
	Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen	SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg
	Sektion Seeland/Biel	Höck jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Kongresshausrestaurant in Biel
	Sektion Thun/Konolfingen	Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung	Am 29. November: Fondue-Plausch (offeriert von der Partei; bitte anmelden: SD, Postfach 36, 9003 St. Gallen).
	Sektion Wil und Umgebung	Weihnachtsstamm 13. Dezember mit Schoggi, Nüssli, Guetzli und Kerzen. Wie üblich ab 19.30 Uhr in einem Saal des Restaurant Dufour, wir erwarten Sie gerne! Stammtisch-Höck am 11. Dezember 2000, 20.00 Uhr im Restaurant Fass, Hubstrasse in Wil
Zürich 	Sektion Bülach	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, Kloten
	Sektion Dielsdorf	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf
	Sektion Hinwil	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Metzger, Walderstr. 19, Hinwil
	Sektion Limmattal	Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren
	Sektion Uster	Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf



Multikulturelle Gesellschaft

# Eine Utopie führt ins Chaos



Wilfried Gasser, Gemeinderat, Ostermündigen

**Die multikulturelle Gesellschaft ist ernsthaft in der Krise, dessen ungeachtet wird die unklare Idee weiter propagiert. Die Folgen, die sich bis heute abzeichnen, sind vermutlich nur die Spitze des Eisbergs, auf den wir zusteuern.**

Unter «Kulturellem» kann sich jeder vorstellen, was er will, und «Gesellschaft» ist ebenfalls alles andere als ein klarer Begriff. Der verworrene Begriff «multikulturelle Gesellschaft» eignet sich bestens, um Missverständnisse zu erzeugen. Doch gerade dies prädestiniert ihn offenbar als hervorragende Propagandaformel. Jeder kann hineinlegen, was er will. Arglos wird von einer grossen Masse die von Politikern propagierte multikulturelle Gesellschaft einer Gesellschaft mit viel Kultur oder mit vielen Kulturen gleichgesetzt.

### Ein Begriff entsteht

Eigentlich war die Idee der multikulturellen Gesellschaft eine Verlegenheitslösung für das Problem der Integration von Zugewanderten, die sich nicht assimilieren wollten. In den USA wurde unter dieser Flagge ein Assimilierungs- und Diskriminierungsverbot für ethnische Minderheiten erlassen. Als sich daraufhin Europa mit einer Masseneinwanderung konfrontiert sah, wurde der Begriff auch hier salonfähig gemacht. Er wird verwendet, um dem ganzen Asyl- und Einwanderungswesen, dessen negativen Auswirkungen von der Bevölkerung als störend empfunden werden, quasi ein höheres Ziel zuzuordnen. Da Kultur besonders im deutschen Sprachraum religiösen Charakter erhalten hat, kann mit dem Etikett Kultur vieles hervorragend beschönigt werden.

### Realität und Utopie

In Tat und Wahrheit erlebt ein Land mit nicht assimilierten Minderheiten aus exotischen Kulturen aber mehr Spannungen und Konflikte und weniger Kultur. Aus der Sicht von Ethnologen ist die Kultur eines Volkes eine funktionale Einheit. Dieses System ist relativ empfindlich gegen fremde Kultureinflüsse, die nicht abgewiesen oder durch Assimilation integriert werden können. Übersteigen sie einen gewissen Toleranzwert, so führen

sie nicht in eine multikulturelle Gesellschaft, sondern in ein Kulturchaos. Die Geschichte hat dies immer wieder gezeigt.

Multikulturelle Gesellschaften sind gefährdete Gesellschaften. Deren Propagandisten und ihre Mitläufer sind dessen ungeachtet von der fixen Idee beherrscht, durch eine Vielzahl von regionalen Kulturen entstehe eine neue Weltkultur, die dann allen anderen überlegen sei. Wie letztere aber aussehen soll, vermag niemand zu sagen. Doch das hindert viele nicht daran, aktiv die Auflösung unserer Werte und Normen zu fordern und voranzutreiben. Es geht hier nicht mehr um Kultur, obwohl die Etikette dies noch weismachen will, sondern um knallharte politische Ziele. Sitte, Tradition und Rechtsempfinden, alles, was geschichtlich gewachsen ist, soll weichen. Dies ist seit langem die Absicht des Angriffs der Linken auf unsere Gesellschaft. Getreu der Meinung von Karl Marx: Ist erst einmal das Ende der Geschichte vollzogen, so beginnt das Paradies auf Erden. Während die Linke diese Ideen vor allem lautstark propagiert, ist eine Politikerelite schon daran, die Idee der multikulturellen Gesellschaft lautlos umzusetzen.

### Für christliches Abendland

Was haben wir dabei aus Sicht der Christen zu verlieren? Professor Georg Huntemann äussert sich in seinem Buch «Gottes Gebot oder Chaos – was bringt Europas Zukunft?» unter anderem prägnant zu diesem Thema: Es steht die noch abendländisch-christliche Prägung Europas auf dem Spiel. Wir dürfen nicht unsere Identität, die Einheit des christlichen Abendlandes, welche geschichtliche Wirklichkeit und auf Christus gegründet ist, einfach preisgeben. Huntemann warnt davor, sich durch eine Völkerwanderung aus der Dritten Welt die noch christlich geprägte Lebensordnung, die zugleich Freiheit und soziale Gerechtigkeit garantiere, gegen ein multikulturelles oder multipolitisches Chaos einzutauschen und zerstören zu lassen. Not und Unrecht sei dort zu bekämpfen, wo es entstehe.

### Weitreichende Folgen

Die Folgen der multikulturellen Gesellschaft wirken sich in verschiedenen Lebensbereichen zum Teil schon drastisch aus. In den Schulen sind nebst Problemen von Gewalt, asozialem Verhalten und Unkonzentriertheit, die wachsenden Ausländeranteile für die Lehrkräfte und Eltern eine starke Belastung. Ein Punkt ist hier das Sprachverständnis. «Viele Berufsschüler können nicht lesen und

schreiben» – Schlagzeilen dieser Art lassen aufhorchen. Nicht jeder ist ein Sprachgenie. Mehrsprachigkeit läuft nicht selten auf tiefer Ebene ab: Man versteht sich scheinbar und begreift doch nicht. Es zeichnen sich diesbezüglich Tendenzen hin zu einem Primitivismus ab. Interessanterweise bedienen sich die Schauspieltruppen im spätrömischen Völkerchaos hauptsächlich der Gebärdensprache (Pantomime).

Auch die religiöse Multikultur stellt uns ins Haus. Ist beispielsweise einmal der Islam staatlich anerkannt, so werden seine Anhänger verschiedene Rechte einfordern: So sollen Arbeitgeber und Lehrer die Gebetszeiten der Gläubigen garantieren, Mädchen vom Turnunterricht dispensiert werden können und den Schleier tragen dürfen usw. Was wir uns heute als Folgen der multikulturellen Gesellschaft im Bereich der Kriminalität und anderen bereits eingehandelt haben, stösst in der Bevölkerung zunehmend auf Ablehnung. Noch glauben aber viele an die kulturelle Bereicherung und zahlen diesen Preis. Die politische Elite in Europa, die

seelenruhig darangeht, ihre Nationalstaaten aufzulösen, befürwortet vermutlich aus einem anderen Grund die multikulturelle Gesellschaft: Um ihr Recht ringende und sich gegenseitig bekämpfende Minderheiten lassen sich besser regieren als Mehrheitsdemokratien. Wie hiess es doch: Teile und herrsche.

### So werden wir Einheimischen Schritt für Schritt entmachtet:

Seit neuestem ist eine Ausländerin Direktorin des traditionsreichen Filmfestivals von Locarno.

Am Gelterkinder Markt musste die Polizei mit einem grösseren Aufgebot sicherstellen, dass die «Panteras», eine aggressive Jugend-Ausländergruppe, nicht Radau machten – Messer und Pfefferspray wurden von der Polizei konfisziert. Warum lesen wir davon in den schweizerfeindlichen Gazetten nichts?

## BUCHHECKE



**Wer dieses Buch liest, begegnet dem Geist eines Menschen, der sich die Freiheit nimmt: bei der Auswahl der Themen, bei der Wahl der Begründungen, bei den Interpretationen der Erfahrungen und der wissenschaftlichen Resultate.** Unser Gesinnungsfreund Dr. med. Jean-Jacques Hegg hat lange zu warten müssen, bis er sich an die Niederschrift dessen machte, was ihm schon lange Zeit unter den Nägeln brannte. Die volle zeitliche Auslastung als praktizierender Psychiater, seine politischen Pflichten als Gemeinde-, Kantons- und Nationalrat, aber auch seine nebenamtliche journalistische Tätigkeit als Chefredaktor der Zeitung «Volk und Heimat» liessen ihm nicht die nötige Zeit und Musse. Als junger Arzt und Psychiater veröffentlichte der Autor mehrere Arbeiten in wissenschaftlichen Zeitschriften zu Sozialpsychiatrie,

Sportpsychologie und Psychosomatik in der Sportmedizin. Seine Gedanken zum Thema «Übervölkerung und Aggression» fanden nicht nur Eingang als populäre Publikationen in Zeitungen, sie begleiteten auch stets seine politischen Aktivitäten bei der Nationalen Aktion und den Schweizer Demokraten. Dass grosse Tageszeitungen nach Bekanntwerden seines politischen Engagements eine Art Zensur über seine Beiträge verhängten, liess ihn am Willen zu Toleranz und Meinungsfreiheit gewisser Redaktoren zweifeln; so litt er ganz besonders unter dem Umstand, dass die Tagespublizistik ihm nicht genügend Raum gewährte, um seine differenzierten Argumentationen ungekürzt darzulegen. Das Zeitprivileg des Privatiers nutzend hat Jean-Jacques Hegg jetzt seine Sicht der Dinge zu Papier gebracht. Er hat sich der Biopolitik angenommen, indem er umfassend beschreibt, welche Forderungen sich aus den Erkenntnissen der Biologie für die Politik ergeben. So soll erfolgreiche Biopolitik Naturgesetze und Lebensstrukturen bei allem politischen Tun berücksichtigen: (Zitat) «Damit das erwähnte politische Tun erfolgreich ist, d.h. die beabsichtigten Ziele und Zwecke auch wirklich erreicht, muss es die Gesetzmässigkeit



Dr. med. Jean-Jacques Hegg

## «Buchecke»

Fortsetzung von Seite 11

ten oder Strukturen der Natur, des Seins, Daseins und Soseins, kurzum des Lebens beachten und in Rechnung stellen.»

Der Aufbau des Buches gliedert sich in die Schilderungen der biologischen Voraussetzungen, den Entwurf einer politischen Programmatik und in die politische Bedeutung der positiven Utopie. Dabei scheut sich Hegg nicht, Themen wie «Dichteschäden des Verhaltens», «Entwurzelungssyndrom», «Übervölkerung und Naturzerstörung», «Populationsgenetik», «Positive Eugenik», «Fremdarbeiterimport» und viele mehr zu bearbeiten. Er nimmt sich die Freiheit, die Ketten der selbsternannten Tugendwächter der «Political Correctness» zu verweigern und das Recht auf Widerspruch zu beanspruchen. Ob er sich damit der Diffamierung durch die «Faschismuskeule» oder der Verunglimpfung durch den Totschlagbegriff des «Rassisten» aus-

setzen wird, bleibe dahingestellt. Eines beeindruckt den Leser: Der Arzt, Politiker und Journalist Hegg führt mit seiner Veröffentlichung unwillkürlich auch einen sachlichen Kampf «...gegen die geistige Gleichschaltung und ...zensorische Manipulation im Prozess der politischen Willensbildung» von welchen C. Nordbruch in seinem Buch: «Sind Gedanken noch frei? Zensur in Deutschland.» (München: Universitas 1998) schreibt. Das Buch gewährt Einblick in die differenzierte Gedankenwelt eines ehrlichen Suchers, dem das Überleben der Individuen, der Sippen, der Völker und Staaten, ja der ganzen Schöpfung am Herzen liegt.

**Jean-Jacques Hegg, «Biopolitik – Der Mensch in der Zerreissprobe zwischen Alt- und Neuhirn»,** ca. 450 Seiten, Paperback. **Subskriptionspreis** Fr./DM 38.–, öSch 277.–, **späterer Ladenpreis** Fr./DM 44.–, öSch 321.–, ISBN 3-905520-88-5

Hans Steffen, alt Nationalrat, SD/ZH, Fischenthal



## Habt Mut!

Ihre Zeitung ist qualitativer, griffiger, interessanter geworden. Das freut mich für Ihre Partei.

Nach der 18%-Initiative habe ich der AUNS meinen Austritt bekannt gegeben, ich war ein Mitglied der ersten Stunde. Ich habe ihnen auch gleich gesagt, dass nach diesen kläglichen Stellungnahmen zu dieser Initiative der SVP und AUNS, beide Organisationen nicht mehr nötig wären. Das Schweizerzeit-Abonnement habe ich auch gekündigt. Dafür werde ich jetzt

Ihre Zeitung unterstützen. Aus der Freiheitspartei bin ich als Bezirkspräsident von Bremgarten zurückgetreten und der Partei habe ich den Austritt per sofort bekannt gegeben.

Alle diese Organisationen haben ein klägliches Format und absolut keinen Mut bewiesen, mitsamt des obenauf dominierenden Politikers der SVP (jetzt ist es interessanterweise still geworden um ihn). Die klassischen bürgerlichen Parteien in der Schweiz, wie die Landeskirchen, haben in den letzten dreissig Jahren versagt, man kann es nicht anders sagen. Ihre Partei hat Zukunft, bleiben Sie mutig, reden Sie konkret, betrachten Sie das Leben konkret. Es treten jetzt junge Generationen in das wirtschaftliche und politische Leben ein, die durch die Verführungen der heutigen Medienwelt und Computerwelten grosse Mühe haben werden, das Leben je noch konkret kennen zu lernen.

Herbert Staub, Tägerig

## EU-Pässe

Mit Entrüstung haben die Zeitungen in Grossbritannien auf angebliche EU-Pläne reagiert, wonach von den britischen Pässen das königliche Wappen entfallen soll. Die Europäische Kommission beabsichtige, einen einheitlichen, EU-weiten Pass mit zwölf Sternen auf blauem Grund einzuführen, berichtete der «Sunday Telegraph». Die konservative «Daily Mail» zürnte, die Pläne seien symbolisch für die Zerstörung britischer Einrichtungen durch die Europäische Union. Ich brauche wohl niemandem vorzurechnen, wie lange es dauern

würde, bis unser Schweizerkreuz, auf das wir berechtigterweise stolz sein dürfen und Symbol für Frieden, Neutralität und harmonisches Zusammenleben von 4 Sprachkulturen darstellt, von der Bildfläche verschwinden würde, wenn wir erst einmal in das überhebliche und gigantische Räderwerk der EU geraten. Darum, liebe Eidgenossen, wacht auf und erteilt bei den nächsten Wahlen den «EU-Turbos» eine kräftige Abfuhr, denn sie haben noch viele «Überraschungen» für uns bereit.

Christian Rogenmoser, Oberägeri (christian.rogenmoser@bluewin.ch)

## Echo auf «SD»

SD Bezirkssektion Hinwil Familien-Grillplausch, SD Nr. 10, Oktober 2000, S. 10

Sehr zu Recht hat H. Steffen die SVP ins Visier genommen und sie bezichtigt, keine einzige Initiative der SD gegen die Überfremdung unterstützt zu haben. Bekanntlich nimmt diese Partei für die mühsame Dreckarbeit gerne die Hilfe der SD in Anspruch, ist aber ihrerseits zu Gegendiensten nie bereit. Man darf sich über diese Haltung nicht wundern, denn die SVP ist Bundesratspartei und will an diesem Status festhalten, wodurch sie zu Kompromissen und politisch korrekter Leisetreterei gezwungen ist. Vergessen wir nicht: Keine Partei kann gleichzeitig in der Regierung und in der Opposition sein – markige Sprüche und Blochersches Gepolter hin oder her!

Am kommenden 6. Dezember, bei der Wahl von Adolf Ogis Nachfolge, wird die SVP Farbe bekennen müssen. Die Ernüchterung unter den einstigen SD- und FPS-Wählern, die sich vom verbalen vaterländischen Klamauk der SVP verführen liessen, dürfte gross sein. Dies gilt auch für diejenigen Parlamentarier, die aus Opportunismus und in der Hoffnung auf eine medienwirksamere Plattform von der Freiheitspartei zur SVP übergetreten sind. Ihnen und andern Exponenten eines schärferen Rechtskurses dürften die Flügel gewaltig gestutzt werden. Den SD, der einzigen noch auf allen drei parlamentarischen Ebenen vertretenen nationalistischen Kraft, öffnen sich somit neue, nicht gehante Perspektiven.

Max P. Morf, Genf

## Multikulti auch in der Taschenagenda

Die Hersteller von Agenden sind dazu übergegangen, die kirchlichen Feiertage und anderen Ruhetage nicht mehr mit einem farbigen Balken zu kennzeichnen, wie dies bei den Sonntagen der Fall ist. Als ich mich bei einer Herstellerfirma erkundigte, ob dies aus Rücksicht auf die anderen Religionen geschehe, erhielt ich eine abschlägige Antwort; man wolle mit der Änderung eine grössere Übersichtlichkeit bewirken. Aber gerade dieser Übersichtlichkeit hat das bisherige System gedient. So konnte man z.B. beim Durchsehen der Monate März und April auf einen Blick erkennen, auf welches Wochenende die Osterfeiertage fielen, und die

geschäftlichen und privaten Termine entsprechend planen. Heute wird man dazu auf winzige Fussnoten verwiesen, wo man unsere Feiertage zwischen Anlässen wie Lincoln's Birthday (USA), Martyrs de la Déportation (F) oder San Pedro y San Pablo (E) suchen muss. Dient das etwa der besseren Übersichtlichkeit? Demnächst werden wohl noch alle Feiertage der in der Schweiz vertretenen Religionen aufgeführt. Dann wird man auch noch ins Visier der Eidg. Kommission gegen Rassismus geraten, wenn man an der Gestaltung der Taschenagenden Kritik übt.

Armin Gehrig, Biel

Zuschrift eines 15-Jährigen:

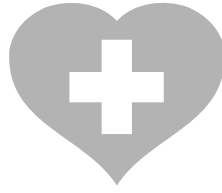
## Gesunder Menschenverstand

Seit mehreren Jahrzehnten wandern Flüchtlinge in unser schönes Schweizerland. Die Flüchtlinge kamen nicht aus Spass in die Schweiz, sondern wurden vertrieben aus ihrer Heimat. Vielleicht würde ich auch so handeln, wenn in der Schweiz Krieg oder Armut herrschte. Aber mit der Zeit kamen mehr und mehr Ausländer über die Grenze und die Tendenz ist steigend. Bald werden wir sogar selber zu Ausländern in unserem Land. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass wir Acht geben müssen und die Ausländerquote sinken sollte. Dies war der Vorschlag vom Aargauer FDP-Grossrat Philipp Müller, der die 18%-Initiative im Bundeshaus einreichte. Letzten Monat kam es zur Abstimmung. Für eine Regelung der Zuwanderung wur-

den leider 1'328'526 Nein (63.7 Prozent) und 755'597 Ja Stimmen (36.3 Prozent) abgegeben. Die FDP spricht von einem Sieg des gesunden Menschenverstandes. Welcher Schweizer würde auch für so wenig Geld Strassen oder Toiletten reinige? Nur sehr wenige. Der Fehler liegt viele Jahre zurück, als die Schweiz Ausländer, Italiener und Jugoslawen, für schmutzige Arbeiten brauchte. Dies sind mit der Zeit zu viele geworden, diesen Fehler kann man jetzt leider nicht mehr ausbügeln. Heute sind wir auf Ausländer sozusagen angewiesen, z.B. auf Ärzte und Fachleute. Ich wollte mit diesem Aufsatz sagen, dass das Boot voll ist. Davon bin ich überzeugt!

Daniel Wüthrich, Zürich





## L'esclavage existe toujours au XXIe siècle

Au temps de Néron, les captifs chrétiens étaient libérés contre rançon. Dernièrement sur l'île de Jolo, des prisonniers venus de différents pays occidentaux ont été libérés au compte goutte contre le versement d'énormes sommes d'argent.

Cette pratique est toujours de mise pour obtenir de l'argent facilement, et nous apprenons que des esclaves chrétiens se comptant par centaines de milliers sont rachetés 33 dollars par tête aux Soudanais musulmans qui tiennent le nord du Pays. On compte 100'000 chrétiens et animistes du Sud du Soudan vivant en captivité dans le nord.

L'Organisation Solidarité Chrétienne (CSI) a racheté le 24 septembre, 4435 personnes razzées ou fugitives soit une somme de 146'355 dollars. Ce nombre porte à 38'418 le total des serfs soudanais délivrés depuis 1995 par CSI, soit 1'267'794 dollars au tarif de l'an 2000. Si le prix monte, l'espoir s'amenuisera et une population entière sera livrée à des fanatiques les considérant comme des infidèles, donc des serfs corvéables à merci. On se croirait revenu au temps des Egyptiens et des tribus d'Israël qui s'enfuirent par la Mer Rouge. Comment s'enfuirent les pauvres Soudanais exploités, maltraités, violés et torturés. Même ce juteux négoce n'adoucit pas leur sort, puisqu'ils sont vendus comme des sacs de déchets.

Qui dit même qu'il n'y aura pas de futures razzias là-bas, mais aussi ailleurs si la nécessité religieuse envahit les esprits obtus?

Je compare les Palestiniens retranchés dans leurs «réserves», à ces peuples pris en otages, soit pour leur voler leurs terres, soit pour s'emparer des richesses de leur sous-sol, soit pour des questions de coutumes religieuses ancestrales. Il y a aussi une autre forme d'esclavage, celui qui tend à liquider petit à petit un peuple comme celui d'Irak.

### Connaissez-vous UNCC?

C'est la Commission d'indemnisation des Nations Unies pour l'Irak dont le fonctionnement et la légalité sont plus que douteux. Sous l'égide des Etats Unis, qui sont des experts en matière de liquidation indienne, le pillage de l'Irak se poursuit depuis 10 ans, comme le confirme la dite commission UNCC, organe occulte qui siphonne un tiers des revenus des exportations de ce pays.

La presse passe sous silence les sommes faramineuses prises pour payer des centaines de milliers de réclamations koweïtiennes et onusiennes se montant pour deux à 15,9 milliards de dollars. Les décideurs ne se recrutent pas parmi les banquiers ou certains financiers, mais sont des diplomates de haut rang appartenant aux quinze pays formant le Conseil de Sécurité.

Lorsque La Koweït Petroleum company présente des demandes d'indemnisation, aucun document ne supporte ces revendications, la commission paie et soyons sérieux, l'argent va aux Etats Unis, cette compagnie ayant son siège dans ce pays. Tour ceci est méconnu du public et pourtant ces travaux se poursuivent depuis dix ans déjà, à l'abri des regards indiscrets. Cette instance occulte constitue pourtant un des rouages essentiels de la stratégie d'anéantissement de l'Irak, et la plupart de ses bureaux sont en Suisse.

Les bombardements quotidiens par l'aviation anglo-américaine ne font l'objet d'un débat public et pourtant cela ressemble fort aux frappes aveugles de l'OTAN au Kosovo. Mais rien de plus évident puisque dès sa création, le 20 mai 1991, le Conseil de Sécurité a édicté l'art. 692 de la résolution de l'UNCC, sous le contrôle exclusif des Etats Unis.

On ponctionne chaque année 50 millions de dollars sur les exportations irakiennes pour subventionner la commission, le moindre déplacement de ses experts en classe affaires, et les appointements substantiels des commissaires. Pour la première fois dans l'histoire du droit international depuis la fin de la seconde guerre mondiale, un Etat na pas son mot à dire dans une procédure qui le concerne.

Une autre aberration consiste à interdire tout droit de vote à l'Irak aux Nations Unies à Genève, parce qu'il na pas acquitté ses cotisations, alors que le plus gros débiteur de l'organisation, les Etats Unis, ont plus d'un milliard de dettes, et n'a jamais fait l'objet d'une sanction. L'Irak s'est vu refuser l'argent pour se défendre, car tous les avocats et autres juristes ont été engagés par l'UNCC. Ce qui facilite des procédures accélérées sans contrôle sur les 1'659'840 demandes individuelles représentant moins de 100'000 dollars chacune présentées tant par les citoyens du Koweït que par d'autres illustres inconnus, petits copains et autres profiteurs. Un ancien fonctionnaire égyptien ayant travaillé dans ce bureau d'indemnisations se souvient qu'on lui demandait régulièrement «de rendre les critères aussi généreux que possible» pour aboutir à un maximum de réponses favorables. Il a même

ajouté que souvent il trouvait les mêmes numéros de téléphone et les mêmes adresses sous plusieurs noms et il y avait aussi des nourrissons. Des hôtels israéliens ont reçu des millions de dollars pour compenser la baisse de leur chiffre d'affaires durant la crise... Imagine-t-on la Grande Bretagne exigeant de l'Allemagne des compensations parce que la fréquentation des salles de cinéma a diminué entre 1939 et 1945? Ce genre de demandes diverses ont été satisfaites à hauteur de 2.2 milliards de dollars par l'UNCC.

L'article 42 du texte élaboré par la commission de droit international aux Nations Unies spécifie qu'en aucun cas la réparation n'a pour effet de priver une population de ses propres moyens de subsistance. De toutes façons on peut voir les inégalités de traitement, les exactions et les violations de droit international qui ont été appliqués par le nouvel ordre mondial (NOM) aux pays comme la Bosnie, le Liban ou la Palestine.

Même en sachant tout cela, nos Conseillers fédéraux et aujourd'hui la Christiane Brunner soutenue par sa soeur en socialisme, Ruth Dreifuss, veulent absolument nous faire entrer à l'ONU et dans une Europe aussi fautive et pourrie que l'UNCC.

Marie de Seimners, Genève

## Le Pileri

en Allemagne. Elle se développe en Albanie, en Macédoine, au Kosovo en relation directe avec la mafia sicilienne.

Ce qui n'empêche pas nos humanistes bêlants de pleurnicher lors de renvois parfaitement justifiés, et nos autorités de continuer à déverser un lourd tribut de nos impôts comme aide au Kosovo, berceau sulfureux de ce trafic honteux, légal et puant. De plus sachant que la Suisse est à la fois une base arrière de financement de cette mafia en raison de la présence de 200'000 immigrés albanophones (voir Tribune de Genève du 14 crt.) sur son territoire, qu'attend Ruth Metzler pour renforcer et appliquer strictement des mesures de contrainte, de rétorsion et que l'on cesse de parler de prévention, ce qui ne sert à rien, sauf de coûter cher.

### Un pays qui ne veut pas mourir couché

La Serbie s'est délivrée de son national communisme dix ans après la Russie et fait exceptionnel dans notre Occident contrôlé et écouté par le Big Brother américain (voir système Echelon) par ses propres moyens et sans céder aux exigences de l'OTAN. Nous pourrions dire que c'est une bonne nouvelle et applaudir le nouveau Président Kostunica qui ne s'humilie pas devant le mondialisme, mais le fait qu'une partie de la population est restée pro-milosevic pose le problème du doute quant à un jeu théâtral dûment orchestré dans les coulisses pour éviter tout bain de sang et sur-

Suite en page 14

## Le Pileri: Un pays qui ne veut pas mourir couché

Suite de page 13

tout l'idée d'un complot pour «sauver» l'ex leader, tout en conservant le système établi. Vu les violences en Palestine, les journalistes fouineurs n'auront pas tellement de temps pour essayer de biaiser les faits yougoslaves et le jeu secret dans ce pays pourra se développer à sa guise. Il ne manque plus que la pièce maîtresse, Carla del Ponte qui se ferait un plaisir d'apparaître sur cette scène comme la fée Carabosse.

## Le comble du mauvais goût

Alors que les Palestiniens croulent sous les restrictions, les contrôles,

les exactions israéliennes, et les bombes qui tombent du ciel lancées par leurs voisins peu scrupuleux des accords d'Oslo, un homme d'affaires de Dubai, musulman évidemment offre à ses frères qui n'ont pas d'armes pour se défendre, 500'000 pierres et 50 lance pierres pour aider l'Intifada expliquant que les pierres du Golfe sont plus dures et qu'elles pourront mieux casser la tête des soldats du Tsahal. Plus méchant et bête, tu meurs.

## La vraie raison de l'augmentation des primes maladie

A la dernière session des Chambres fédérales, quelques 15 objets ont été votés, parmi ceux-ci la sujet brûlant des primes maladie. S'est on vraiment penché sur ce sujet

brûlant qui fait la une des journaux et se discute à la télévision, mais sans jamais toucher au coeur de la matière comme le dit Graham Green. Figurez-vous que la modification de la loi sur l'assurance maladie relative à l'abaissement des primes pour les assurés des pays de l'UE, a été adoptée à l'unanimité. Personne n'a osé jusqu'à présent faire le parallèle entre l'augmentation de nos primes en Suisse et le manque à gagner sur les assurés européens.

## La multiculturalité

Un débat télévisé sur ce sujet ainsi que quelques forums ont eu lieu dernièrement et il a été de bon ton d'abord de dire que les étrangers à l'école étaient un bienfait pour la Suisse et ensuite que les classes hétérogènes et très multiculturelles

n'étaient pas un handicap pour les élèves suisses même minoritaires. Or l'exemple de cette mère de trois enfants qui ne sait plus à quel saint se vouer, est caractéristique de l'aveuglement têtue de ces personnages politiquement corrects qui refusent de voir plus loin que le bout de leur nez. Ce Joe le grand frère de 12 ans, de Camille 10 ans, se comporte de plus en plus comme un chef arabe, traitant sa soeur comme une esclave et affirmant que les femmes doivent rester dans un harem et porter le voile. Il essaie même de convaincre son père de traiter sa mère de la même façon. Et pourquoi ? Parce que dans sa classe, il y a 78% d'étrangers dont dix musulmans et deux de ceux-ci sont ses meilleurs copains. Sans commentaires.

Octopus

## Brèves

### Revenons à la chasse

Même si la chasse fait partie de l'humanité, il y a lieu de s'adapter au présent, en oubliant un passé lointain que d'aucun veulent voir perdurer. Comme la guerre ou la prostitution, est-ce que toutes les traditions sont bonnes à défendre? Si la chasse fut au début des temps une nécessité pour se nourrir, il s'agit aujourd'hui du plaisir malsain de tuer, fréquemment de blesser un animal qui ira crever plus loin, seul et rempli de souffrance. Tant qu'il y aura des hommes qui s'adonneront avec délectation à ce jeu de mas-

sacre alors qu'ils n'ont pas faim, il y aura des guerres, des attentats et des meurtres, la notion de vie et de mort étant vulgarisée.

### Héritage

Six chimpanzés du zoo de Copenhague viennent d'hériter de la coquette somme de 500.000 couronnes (frs. 100.000). Leur bienfaitrice, une veuve de 83 ans sans famille a dû apprécier du haut de son septième ciel, la cérémonie organisée par le juge Christian Notlevsen qui a lu le testament devant la cage des primates et déclaré que Jimmy, Trunte, Fifi, Trine, Grinni et Gigi s'étaient très bien comportés, bien mieux que beaucoup d'hu-

ains en pareil cas. On nous dit aussi qu'ils vont employer cet argent pour partir en croisière?

### Est-ce aller trop loin?

Fabriquer un nouveau parfum pour chien intitulé «Oh! my dog» est-ce pousser la plaisanterie trop loin? Qu'il y ait des cimetières, passe encore, quoique le terrain se raréfie pour les humains d'abord, mais offrir sur le marché un désodorisant canin c'est rendre les humains plus singes que les orang-outans. Pour considérer les animaux comme des êtres vivants au lieu de choses, il n'y a pas besoin de créer des odeurs qui ne plairont peut-être pas à nos amis à quatre pattes.

## Le Pileri

### Euro(scopie)

En prenant une loupe pour regarder l'Euro qui tend à se rétrécir comme une peau de chagrin est un exercice passionnant. Mais placer sous le microscope le vieux Duisenberg, c'est méchant. Lorsque j'avais fait une bêtise, ma mère me disait ironiquement: «Cela ne sert à rien de serrer les fesses quand le mal est fait». Donc, les vicissitudes actuelles de la BCE, entrent dans ce processus. D'abord, avant de créer l'Euro, il aurait, fallu harmoniser les options bancaires et publiques des quinze, et ensuite, le choix d'un responsable aurait dû être mieux ciblé.

Surtout que l'on savait de longue date qu'entre Mitterrand et Kohl, un compromis avait été trouvé et approuvé pour que la BCE ait son siège à Frankfurt à quelques encablures de la Deutschebank, dont elle s'inspire en théorie du moins, et qu'elle se conforme à une stricte indépendance et au culte du secret, tandis que le président devait être

français. La radioscopie d'aujourd'hui démontre l'inanité de toutes ces décisions. Ceci évidemment pour m'étonner que le proverbe qui dit: «faites comme je dis, pas comme je fais» est toujours d'actualité et qu'il est indécemment de la part des quinze de faire pression sur la Suisse pour qu'elle renonce à ses principes bancaires et à sa déontologie monétaire.

### La Politique, une cochonnerie?

Ne lit-on pas dans la presse ces jours-ci, que **la communauté internationale s'apprête à reconnaître le régime des Talibans musulmans comme seul représentant légitime de tous les Afghans.**

Là, c'est un comble. Ces hommes qui sont au pouvoir là-bas, sont des tortionnaires qui se fichent royalement des Droits de l'Homme en interdisant aux femmes les soins hospitaliers, le travail rémunéré, les études, les obligeant à porter d'infermes vêtements noirs avec grillage devant le visage. Les délégués onusiens qui font cette proposition oublient-ils que ce même régime

musulman massacre en Indonésie, des dizaines de milliers de chrétiens, plus 35'000 réfugiés déplacés loin de leurs lieux de vie ancestraux et qu'à l'heure actuelle des commandos islamiques composés d'Afghans, de Saoudiens, de Philippins, terminent la macabre besogne et nettoient les îles chrétiennes de leurs populations non musulmanes pour que les autres venus d'ailleurs prennent leur place au nom de la «guerre sainte» Si l'on reconnaît les Talibans, on devra aussi reconnaître tous les assassins du même calibre?

Quelle sombre comédie se joue au sein de l'ONU? Qui sont ceux prônant les Droits de l'Homme qui acceptent de se parjurer? Qui sont ceux qui mettent au pilori l'Autriche se situant très loin de ces bêtes sauvages? Et que font ces mêmes délégués au Soudan où la situation des chrétiens n'est pas plus enviable. Que font-ils en Arabie Saoudite où les immigrées sont systématiquement violées, les voleurs ont les mains coupées et les femmes adultères lynchées?

Amnesty International a confirmé que les Talibans musulmans jugent les valeurs universellement recon-

**DS**   
**Démocrates Suisses**

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

### ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: \_\_\_\_\_

Prénom: \_\_\_\_\_

Profession: \_\_\_\_\_

Date de naissance: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Signature: \_\_\_\_\_

Téléphone: \_\_\_\_\_

Envoyer à:  
Démocrates Suisses,  
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des  
Démocrates Suisses **DS** 

Secrétariat central:  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 - 974 20 10  
Fax 031 - 974 20 11  
Internet:  
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:  
Démocrate Suisse  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 - 974 20 10  
Fax 031 - 974 20 11  
E-Mail:  
sd-ds@bluewin.ch



## Le pavillon suisse de Hanovre préfigure-t-il le fiasco d'Expo.02?

Fin septembre, nous avons visité l'Exposition mondiale à Hanovre où chaque pays présentait son économie et sa culture. Ce que j'ai vécu dans le pavillon suisse est une humiliation pour moi et mon pays. En effet, la Suisse est le seul exposant qui n'ait pas trouvé nécessaire de hisser le drapeau rouge à croix blanche.

J'ai fait une enquête auprès de plusieurs visiteurs de nationalité allemande, puis auprès de quelques-uns de mes compatriotes pour savoir ce qu'ils pensaient de ce pavillon. Les réponses furent souvent négatives, tout le contraire des éloges publicitaires de nos journaux lors de l'ouverture qui présentaient le pavillon suisse comme une exceptionnelle réussite. Les étrangers demandaient quel était le pays qui exposait ce billot. Des Allemands autour de nous se sont également étonnés de ce manque de transparence. Avait-on honte? D'aucuns trouvaient l'odeur du bois positive et ils aimaient la fraîcheur gardée à l'intérieur pendant les grandes chaleurs. Par contre, en cas de pluie c'était intenable vu le manque de toiture. Le comble du mauvais goût est l'apparence mortuaire des réceptionnistes vêtus de noir comme des corbeaux, visiblement des Suisses de la deuxième génération d'immigrés. Je ne comprends pas



pourquoi nous ne pouvons pas présenter notre culture multiple d'une façon joyeuse et folklorique lors de tels événements, au lieu d'en faire un genre d'enterrement conduisant vers un sombre avenir. La nourriture selon divers témoignages est médiocre, le café froid et le service rébarbatif. Il n'y a pas même de chaises pour s'asseoir plus confortablement que sur des tabourets en plastique noir.

Après Séville et le slogan de la «Suisse qui n'existe pas», il est clair que dans notre pays il y a des forces subversives qui veulent discriminer et même faire disparaître notre Etat. Le pavillon suisse de Hanovre a coûté 28 millions de francs aux contribuables. De plus, il n'y a même pas un livre d'hôtes dans lequel nous aurions pu laisser nos remarques et nos critiques.

Tout ceci préfigure un fiasco pour l'Expo.02 qui ne devait coûter que quelques millions et qui a déjà dépensé plus d'un milliard de francs pour des poteaux pourris, une atteinte importante à l'environnement et des changements rapides et coûteux de personnalités farfelus à la direction. Il aurait fallu demander au peuple, par votation, un accord préliminaire...

*Lonny Flückiger-Lehmann,  
Cernier/NE*

## Le Pilori

### Les élections malades de la démocratie

Ou plutôt devrait-on dire la démocratie malade de ses élections. Il y a les élections ouvertes, mais avec un soupçon d'erreurs soi-disant non voulues, et les votations ouvertement falsifiées où chacun s'accuse de vouloir berner l'autre. Ah! elle est belle la démocratie. Plus elle avance et pire elle est. Voyez en Serbie, on ne sait pas encore qui est le gagnant des urnes. Alors on concocte un gouvernement panaché avec beaucoup d'anciennes bières brunes. Si l'on se tourne vers le Sénégal, dernier en

date, ceux qui gagnent sont les perdants et les perdants les futures dirigeants du pays. La démocratie arrive à faire un tour de force incroyable en renversant les normes établies et promulguées au profit d'une interprétation à l'envers. Ne parlons ni de la Pologne qui arrive à renier le symbole de Walesa, ni de la Lituanie qui oublie son passé. Quant aux USA, les shows télévisés nous montrent deux candidats identiques, car celui qui pense blanc dit noir et celui qui pense noir proclame que le blanc est une meilleure solution alors que bonnet blanc ou blanc bonnet n'iront jamais piétiner les plates bandes de bonnet noir ou noir bonnet. Mais le bon peuple, obnubilé par le mot démocratie qui s'applique aussi bien aux démocrates qu'aux républicains, n'y voit que la différence entre les majorettes se démenant sur le devant d'une scène, et n'entend que les commentaires partiels des commentateurs télé.

Sans aller si loin, combien de fois ne lit-on pas dans nos journaux les lendemains de votations dans notre si démocratique pays, que telle ou telle commune a inversé les totaux des ouïs et des nons, et combien de fois a-t-on consenti à recompter les bulletins dans l'urne! Vraiment la démocratie n'est plus et n'a jamais

été à la hauteur de sa véritable signification.

### Champs magnétiques

Il y a longtemps que Franz Weber dénonce l'installation et la construction sous les lignes à haute tension ou maintenant, venant s'y ajouter, près des poteaux de téléphones mobiles, qui provoquent des désagréments dangereux pour les êtres vivants hommes ou animaux. Mais les experts manipulés par les lobbies de l'électricité et des téléphones, l'ont cloué au pilori parce qu'il savait que ces révélations ne viennent perturber leurs faramineux bénéfices, toutes les installations ne tenant aucun compte de ces peurs «infondées». Or une étude scientifique récente confirme que l'on peut être sensible aux champs magnétiques. L'EPFZ apporte pour la première fois des éléments attestant de la réalité de ce phénomène. Ses auteurs estiment qu'il est possible de vivre avec, mais pas pour tous. Les résultats du projet Nemesis (champs magnétiques et électriques à basses fréquences en Suisse) mis en place par des chercheurs, ne peut pas ou ne veut pas dire si ceux-ci sont dangereux pour la santé. Par contre ils prouvent que les personnes qui se

plaignent d'insomnies, de réflexes nerveux ou de maux de têtes ne sont pas des affabulatrices, car des expériences menées en deux temps sur des «cobayes» âgés de 17 à 76 ans ont confirmé qu'ils réagissent négativement à ces ondes invisibles mais présentes.

Malheureusement, les faits contredisent quelque peu ces résultats menés probablement trop superficiellement et pas assez longtemps. Il y a des gens qui sont devenus cardiaques, des enfants qui ont raté leurs examens et des vaches qui sont devenues stériles. Les déménagements sont nombreux dans ces zones «infectées». Alors il y a quand même une prise de conscience puisque des mesures vont être prises. Helmut Krueger propose l'élaboration d'un cadastre comme il en existe pour le bruit, créer un centre d'information qui renseigne les personnes sensibles. Selon lui, les exploitants et les fabricants doivent participer à cet effort. Voilà un bon commencement, et cette reconnaissance de nuisances sur la santé (une de plus) donne enfin raison à Franz Weber et à ses propres experts. A quand l'interdiction de lignes aériennes et de poteaux disgracieux sur le coin des maisons?

*Octopus, le 26. 10. 00*

*Suite de page 14*

nues des Droits de l'Homme incompatibles avec les valeurs islamiques!

A lire toutes ces horreurs, en Suisse, nous avons encore une recrudescence de fous aveugles qui poussent le Conseil Fédéral à entrer dans ce panier de crabes que de Gaulle appelait le Machin.

*Octopus*

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)  
Internet:  
www.schweizer-demokraten.ch  
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**

Rudolf Keller, SD-Zentral-  
präsident, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,  
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Bernhard Hess, Nationalrat,  
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)

Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,  
Einwohnerrat, Baden

Alexander Nyffenegger,  
stv. Parteisekretär, Bern

Willy Schmidhauser, Präsident  
SD Thurgau, Dettighofen

Hans Steffen, Fischenthal

**Stärken Sie die  
Schweizer Demokraten  
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**

**SCHWEIZER DEMOKRAT**

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

Ich möchte Mitglied der  
Schweizer Demokraten (SD)  
werden!

Nur Zeitungsabonnement

Nur Adressänderung

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),

Postfach 8116, 3001 Bern

E-Post: sd-ds@bluewin.ch

**Asylmissbrauch**

**Versicherer  
mucken auf**

**Die Krankenkassen wehren sich gegen das Defizit, das die Asylbewerber verursachen. Der Bund soll zahlen.**

SD. Die Krankenversicherer wollen nicht länger für den Fehlbetrag geradestehen, der ihnen durch die Gesundheitskosten der Asylsuchenden entsteht. Sie verlangen, dass Bund und Kantone ihr Defizit tragen. Dessen Höhe wird für 1999 auf bis zu 40 Millionen geschätzt. Bis Mitte Oktober verlangen sie deshalb Vorschläge. Sonst werden die Asylsuchenden einzeln versichert. Damit wäre das Chaos programmiert: Die Kantone müssten alle Rechnungen einzeln erledigen – ein Riesenaufwand. Die meisten Asylsuchenden sind über Rahmenverträge mit den Kantonen bei den drei Kassen CSS, Helsana und Concordia versichert. Sie verursachen, da oft von Kriegen traumatisiert, 30 bis 50 Prozent mehr Gesundheitskosten als Einheimische desselben Alters. Die Kassen haben bereits die Hälfte der Rahmenverträge gekündigt, den Rest lassen sie Ende Jahr auslaufen. Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren spielt den Ball dem Bund zu. Laut Zentralsekretär Ernst Zürcher herrscht kein Konsens, wie das Problem gelöst werden könnte.

**SD fordern auch**

**Präventivarbeit für «linksextrem gefährdete» Jugendliche**

Seit einigen Jahren schon setzen sich diverse Leute aus der Politik, Behörden und sogar dem Showgeschäft und Sport für vorbeugende Arbeit im Zusammenhang mit der sogenannten «rechtsradikalen» Szene und entsprechenden Symptomen wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ein. Besonderen Anklang finden solche Präventivprojekte im Rahmen der Schule und Erziehungsbehörden, die mit Eifer an gesinnungstendenziösen «Workshops» und dergleichen arbeiten, die das Thema der hiesigen Ausländerproblematik eher eindimensional beleuchten.

Es ist sicher richtig und zeitgemäss, die heranwachsenden Jugendlichen mit dem Übel des ideologisierten Rassismus zu konfrontieren und ausführlich die bestehenden Gefahren des Neonazismus und Faschismus zu erörtern. Auf der anderen Seite fordern wir von den Schweizer Demokraten jedoch, mit ebensolcher Akribie und Motivation die Jugendlichen mit den Gefahren und Attributen des «Linksextremismus» vertraut zu machen. Hierbei sollten neben schulischen

Projekten, die das Wesen und die Gewalt von ANTIFA-Aktivisten und anderer marxistisch-leninistischer Terroristen (man denke bloss an die 25-jährige Blutspur der «Roten Armee Fraktion») exakt durchleuchten, psychologisch zwingende Diskussionen über den offenen praktizierten Gesinnungstotalitarismus der linksgesteuerten Presse erfolgen. Darüber hinaus muss die Rolle von Bildungsstätten im Bereich der Mittelschulen (Gymnasien, DMS etc.) im Zusammenhang zur politischen Meinungsmache genauestens unter die Lupe genommen werden; es kann nicht sein, dass die Jugendlichen der Gefahr ausgesetzt werden, einer politischen Erziehung durch das Bildungswesen zu unterliegen. Wir wehren uns gegen die voreingenommene und eindimensionale Annäherungsweise an das subtile und äusserst aktuelle Thema der Gewalt, dessen Auswüchse und vor allem politische Komponente nach allen Richtungen des Extremismus eine sachliche Auseinandersetzung erfordert.

SD-Medienmitteilung  
vom 6. November 2000

**Freude herrscht – bei den  
Schweizer Demokraten**

Die Schweizer Demokraten sind glücklich, dass Bundesrat Adolf Ogi beschlossen hat, auf Ende Jahr zurückzutreten. Zum Glück hat er dies getan, bevor er die Schweizer Armee abgeschafft hat, bis auf einige tausend Mann natürlich, die er in der ganzen Welt hätte herum-schicken können. Denn nach Ogis Meinung kommen die USA, die NATO und Russland ohne die Hilfe seiner Swiss Cowboys für ihre «Frieden stiftenden» Aktionen

nicht aus. Wahrscheinlich wird Ogi jetzt Ehrenpräsident bei der GSoA, denn er hat schliesslich die Halbierung der Armee bereits erreicht und war auf dem besten Weg, sie gar auf einen Drittel des ursprünglichen Bestands zu reduzieren. Es ist zu hoffen, dass Ogis Nachfolger/-in diese selbstzerstörerischen Armee-Vernichtungsaktionen stoppt.

SD-Medienmitteilung vom 18.10.2000,  
SD-Presseschef Grossrat D. Najman

**Ein neues Urteil erleichtert den  
Asylmissbrauch**

**Umstrittenes Urteil der Asylrekurs-Kommission (ARK): Mit einem Grundsatz-Entscheid öffnet die höchste Instanz in Asylverfahren dem Missbrauch Tür und Tor.** SD. Das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) darf zur Altersbestimmung von Asylbewerbern, die ihre

Identität verbergen, keine Röntgenuntersuchungen mehr durchführen. Die gleiche ARK hatte schon früher entschieden, dass Ausschaffungen von abgewiesenen Asylbewerbern unter 18 Jahren nur erfolgen dürfen, wenn vorher das soziale Umfeld in ihrer Heimat abgeklärt wird. Oft ein Ding der Unmöglichkeit. BFF-Direktor Jean- Daniel Gerber sieht schwarz: «Der Asyl-Missbrauch wird ansteigen.» Das Signal an die illegalen Einwanderer: Gib an, dass du noch nicht 18 bist, dann können sie dich nicht ausschaffen.

**Bitte Abonnement noch nicht bezahlen!**

Anfang 2001 erhalten Sie einen separaten Einzahlungsschein. Danke.

**Helfen Sie uns Kosten sparen!**

Sehr geehrte Mitglieder und Sympathisanten

Wir danken Ihnen ganz herzlich für die grosse Unterstützung, die Sie uns immer wieder zukommen lassen. Nur dank Ihrer Hilfe ist es uns möglich, auch weiterhin für unsere Heimat zu kämpfen. Es scheint uns wichtig, dass möglichst wenig Geld für «administrative Kosten» verlorengelht. Dabei können Sie uns wie folgt helfen:

1. **Wenn Sie die Wohnung wechseln:** Melden Sie uns die neue Adresse möglichst früh vor dem Zügeltermin, damit wir Ihre Adresse auf den Termin hin ändern können. Die Post verlangt nämlich neu Fr. 1.50 pro Adressänderung, die sie uns meldet (bisher 30 Rappen).

2. **Wenn Sie ein Post- oder ein Bankkonto haben:** Machen Sie Ihre Zahlungen möglichst mittels Zahlungsauftrag. Jede Bareinzahlung am Postschalter kostet uns nämlich eine Bearbeitungsgebühr, bei einer Einzahlung von Fr. 10.– z.B. Fr. 1.20, bei einer Einzahlung von Fr. 100.– Fr. 1.50. Auf diese Weise liessen sich jedes Jahr viele tausend Franken einsparen. Machen Sie mit? Wir danken Ihnen. SD-Geschäftsleitung